

Wöchentlich 65 Pf., monatlich 2,00 M.
Im Voraus zahlbar. Postbezug 4,32 M.
einschließlich 60 Pf. Postgebühren- und
75 Pf. Postgebühren. Auslandbe-
zugspreis 6.— M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wöchentlich
zweimal, Sonntags und Montags
einmal, die Abendsausgaben für Berlin
und im Handel mit dem Titel „Der
Abend“, illustrierte Beilagen „Welt
und Zeit“ und „Kinderfreund“, Ferner
„Unterhaltung und Wissen“, „Frauen-
stimme“, „Lebens“, „Bild in die
Zukunft“ und „Jugend-Vorwärts“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Tönhoff 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 37336. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten
und Beamten Wollfr. 65. Diskonto-Gesellschaft, Depotitenkasse Lindenstr. 3

Mittwoch

20. März 1929

Groß-Berlin 10 Pf.

Auswärts 15 Pf.

Die einseitige Konfessionelle
50 Pfennig. Religiöse 5.— Reichs-
markt. „Kleine Einzelnen“ des religi-
ösen Wort 25 Pfennig (einschließlich zwei
seitigen Wort), jedes weitere Wort
12 Pfennig. Stempelgebühren das erste
Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort
10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben
zahlen für zwei Worte. Abendsausgabe
50 Pfennig. Familienausgaben für
Abendblätter 50 Pfennig. Anzeigen-
annahme im Hauptgeschäft, Bismarck-
straße 2, monatlich von 5/12 bis 12 Uhr.

Graf Stolberg verhaftet.

Unter dem Verdacht des Vätermordes!

Hirschberg, 19. März.

Der älteste Sohn des gestern auf Schloss Jannowitz ermordeten Grafen Eberhard zu Stolberg-Wernigerode, Graf Christian Friedrich, ist unter dem Verdacht, seinen Vater ermordet zu haben, verhaftet worden. Er wurde in das Hirschberger Untersuchungsgefängnis gebracht.

Vor der Verhaftung des Grafen Christian Friedrich hatte die Landeskriminalpolizei Eignung u. a. folgende Einzelheiten über die Mordtat bekannt gegeben:

In dem Zimmer, in dem der Ermordete aufgefunden wurde, steht ein Gewehrschrank. Dessen Schrank ist ein Jagdgewehr eingebracht worden, aus dem der tödliche Schuss abgegeben wurde. Der Einschlag ist am Hinterkopf erfolgt, während der Ausschlag über dem rechten Auge liegt. Der Täter wird unter den Hausangehörigen vermutet. Der Sohn des Getöteten, Christian zu Stolberg-Wernigerode, ist angeblich mit dem Täter, als dieser aus dem Zimmer des Ermordeten flüchtete, auf dem Hausflur zusammengetroffen. Er erklärte, bei diesem Zusammenstoß habe er den Täter gegen die Brust und auf den Kopf bekommen zu haben, so daß er vollständig benommen gewesen sei und keinerlei Aussage über den Angeklagten machen könne. Er habe sich kaum noch auf den Gutschoß begeben können, wo er nur noch um Hilfe habe rufen können und dann erschöpft umgefallen sei. Die Ermittlungen werden fortgesetzt.

Die sonderbaren Angaben des Grafen Christian Friedrich mußten bei den Untersuchungen führenden Beamten sofort den Verdacht aufkommen lassen, daß ein Angehöriger der Familie oder zum mindesten ein Mitbewohner des Jannowitzer Herrenhauses als Täter in Betracht kommt. Der Schuss war nach dem Befund aus nächster Nähe abgegeben, es war ein Geschoss mit abgeplatteter Kugel. Die Mordwaffe, eine Pistole, lag auf dem Fußboden des Zimmers, sie war aus dem Gewehrschrank entnommen, der in der Nähe des Sofas im Wohnzimmer stand. Graf Christian Friedrich behauptet, mit seinem Vater geplaudert zu haben. Er hätte austreten müssen und sei auf dem Flur von zwei Männern überfallen, gewürgt und bewußtlos gemacht worden. In seiner Angst sei er dann zu dem etwa 150 Meter abliegenden Wirtschaftsgelände gerannt. Der mit der Gerichtskommission herbeigerufene Arzt konnte aber bei dem jungen Grafen weder Wundmale feststellen, noch entdeckte er irgendwelche Spuren eines angewandten narкотischen Mittels. — Alle Verdachtsmomente wiesen auf den Sohn. Wohl ist das Motiv noch ungeklärt, doch darf man annehmen, daß es sich bei der Unterhaltung zwischen Vater und Sohn nicht um eine harmlose

Blauderei, sondern um eine sehr ernste Auseinandersetzung gehandelt hat. Die Unterredung wird sich ohne Zweifel ausgiebig mit dem Lebenswandel des verhafteten Grafen Christian Friedrich zu befassen haben.

Die Mordtat von Jannowitz lenkt die Aufmerksamkeit auf das Geschlecht der Stolberge, die zu den ältesten deutschen Grafenhäusern zählen und — um uns eines Ausdrucks der Vormoderzeit zu bedienen — den regierenden Häusern standesgleich waren. Der ermordete Graf Eberhard entstammte einer Seitenlinie des weitverzweigten Geschlechts und wurde 1905 beim Tode seines Vaters Fideikommissherr auf Jannowitz. Der unter Mordverdacht verhaftete Graf Christian Friedrich, der 1901 auf Jannowitz geboren wurde, ist der älteste Sohn des Ermordeten und somit nach der Primogenitur Erbe des ausgedehnten schlesischen Grundbesitzes. Er hat acht Geschwister. Der ermordete Graf ist in der Öffentlichkeit wenig hervorgetreten. Er war noch den rein äußerlichen Ernennungen der Kaiserzeit Rittmeister à la suite der Armee und widmete sich in der Hauptsache der Bewirtschaftung seines ertragreichen Grundbesitzes.

Die Stolberge sind im übrigen in der Geschichte sehr häufig hervorgetreten. Im achtzehnten Jahrhundert machten sich zwei Grafen Stolberg als Dichter einen Namen, doch sind sie heute vergessen. Dem Deutschen Reichstag haben in der Vorkriegszeit nicht weniger als acht Stolberge angehört. Es waren alles sehr rechtsgerichtete Herren. Die vier aus der Linie Stolberg-Stolberg, die katholisch ist, standen auf dem reaktionären Flügel des Zentrums. Die evangelischen Wernigerode waren Angehörige der Konfessionen oder der Reichspartei. Zwei von ihnen wurden in weiterer Öffentlichkeit bekannt: Otto, der frühere Staatsminister und Oberpräsident, den Wilhelm II. 1890 fürstete, und Hugo, gleichfalls Oberpräsident, der Präsident des Deutschen Reichstages als Vorgänger des Fortschrittlers kämpfte.

Die große Umpfängung vom November 1918 ließ die Angehörigen des Hochadels zum größten Teil aus den deutschen Parlamenten verschwinden. In der Republik finden wir nur noch den Grafen Albrecht zu Stolberg-Wernigerode, Grundbesitzer in Ostpreußen, in den Preussischen Landtagen von 1921 und 1923. Er war Mitglied der Deutschen Volkspartei, während des Krieges von 1916 bis 1918 gehörte er dem Preussischen Herrenhaus, dem Unterparlament der Hohenzollernmonarchie, an. In der Reichswahl 1928 wurde er nicht wieder aufgestellt, vorher ist er nur als Mitglied der Zentralmorkommission des Preussischen Landtags aufgetreten.

Der Kampf um die Gesamtsumme.

Hegentanz von Sonderforderungen.

Paris, 19. März. (Eigenbericht.)

Die Sachverständigenkonferenz ist nunmehr endgültig in ihre bedeutsamste Periode eingetreten. Die Diskussion über die Ziffern ist in vollem Gange, und zwar sowohl zwischen den Alliierten und Deutschland, als auch unter den alliierten Delegierten selbst.

Auf der Basis der Uebernahme der interalliierten Schulden durch Deutschland in Form von 38 Jahreszahlungen und der Leistung einer Entschädigung für die Wiederaufbaukosten in Gestalt von 37 Jahreszahlungen ist eine grundsätzliche Annäherung der beiderseitigen Standpunkte bereits erfolgt. Trotzdem ist die Differenz der Auffassungen über die Höhe der deutschen Leistungen nach wie vor sehr groß. Die Verhandlungen darüber werden nach erschwerend durch die Taktik der Alliierten, sich gegenseitig in der Aufstellung von Sonderforderungen zu überbieten. So verlangt England über die Forderungen der Balfour-Note (Deckung der Schulden an Amerika) hinaus nunmehr noch 3,8 Milliarden Mark für die Dominien und zur Deckung seiner früheren Zahlungen an Amerika, die durch die bisherigen deutschen Leistungen nicht gänzlich erfolgt ist. Die Belgier hielten den Augenblick zur Weiterverfolgung ihrer alten Ansprüche auf Entschädigung für die während des Krieges von Deutschland in Belgien ausgegebenen Noten für gekommen. Selbstverständlich hat das Italien-Russland bei so wichtigen Interessentkämpfen nicht den Ehrgeiz, zurückzutreten, zumal aus Österreich und Ungarn nicht viel an Reparationen herauszuholen ist. Auch Japan kommt plötzlich mit einer Rechnung, und Rumänien und Jugoslawien haben die ihren bereits fertiggestellt.

Ansehens dieser Sachlage haben es die amerikanischen Schiedsrichter schwer, die einzelnen Parteien zur Vernunft zu bringen. Ihre

Tätigkeit wird bereits von einem Teil der französischen Presse ironisch charakterisiert. Ihnen sei es — so ist dort zu lesen — vor allem darum zu tun, ihre eigenen Forderungen sicherzustellen, wenn sie Deutschland gegen diese Sonderforderungen verteidigen. Tatsächlich scheint der amerikanische Delegierte Owen Young die Führer der einzelnen Delegationen ermahnen zu haben, ihre Ansprüche etwas mehr mit der deutschen Zahlungsfähigkeit in Uebereinstimmung zu bringen. Er hat am Dienstag den Führer der französischen Delegation, den Präsidenten der Bank von Frankreich, Moreau, empfangen. Dieser soll erklärt haben, Frankreich sei mit einer Forderung von 50 Milliarden Franken für die Wiederaufbaukosten bis zur äußersten Grenze herabgegangen.

Rein Verhandeln mit Rebellen.

Neues Geſicht in Mexiko.

Mexiko-Stadt, 19. März. (Eigenbericht.)

Die Rebellenführer Carras und Escobar boten der mexikanischen Regierung — durch Vermittlung des mexikanischen Konsuls in der USA-Grenzstadt El Paso — ihre Ergebung unter ehrenvollen Umständen an. Präsident Portes Gil antwortete darauf telegraphisch, die Regierung lehne es ab, mit diesen Rebellen zu verhandeln. Sie hätten jegliche Sozialität ignoriert und den bewaffneten Aufstand provoziert. Dadurch hätten sie sich außerhalb des Gesetzes und außerhalb aller Ehrengesetze gestellt.

Diktatur und Bauernschaft.

Erzwungene Konzeſſionen.

Von Peter Garwy.

Die Wirtschaftskrise und Ernährungsnot dauert in Rußland an. Die dumpfe Gärung in Stadt und Land nimmt zu. Die in die Enge gedrängte Diktatur verteilt blindlings Hiebe nach links wie nach rechts.

So sehen wir jetzt, inmitten des verhängnisvollen Linkskurses, der sich ansetzt, das Dorf auf dem Zwangswege zu „sozialisieren“, eine neue Rechtschwenkung in der Bauernpolitik. Das soeben erschienene Gesetz „Ueber die Erleichterung der Steuerlast der Mittelbauern“ enthält eine Reihe von Steuerbegünstigungen, die die Förderung der Entwicklung der individuellen Bauernwirtschaft bezwecken. Derselben individuellen Bauernwirtschaft, die vor kurzem noch zum alten Eisen geworfen und durch die Zwangskollektivisierung und Gründung von Staatsgütern abgelöst werden sollte...

Was ist geschehen? Was hat die harnackige Diktatur gezwungen, von der „Generallinie“ der herrschenden Partei gewissermaßen abzuweichen? In dem Wortlaut des neuen Gesetzes selbst sind die Motive seiner Veröffentlichung ziemlich klar angegeben. Und zwar: die „Mangelhaftigkeit der Erfolge der Landwirtschaft für die Befriedigung der rasch wachsenden Bedürfnisse in Stadt und Land“, insbesondere aber „das Zurückbleiben der Getreidewirtschaft“, die „Unterbrechungen in der Brotverforgung der Bevölkerung“ und endlich die „vollständige Einstellung der Getreideausfuhr“.

Rykow, das Haupt der Sowjetregierung und gleichzeitig der geheime Führer der Rechtsopposition, hat offen die Notwendigkeit der neuen Konzeſſionen an die Bauernschaft mit dem Hinweis darauf motiviert, daß in den nächsten Jahren nicht die Kollektivwirtschaften und die Staatsgüter, sondern die 25 Millionen individuellen Bauernwirtschaften „in der Brotverforgung des Landes die entscheidende Rolle spielen werden“. Daher, führte Rykow aus, die Notwendigkeit, die Wirtschaftstätigkeit der einzelnen Bauern durch die Steuerbegünstigungen zu fördern, da der individuelle Produzent, ohne daran materiell interessiert zu sein, die Anbaufläche und die Ernteerträge nicht erweitern werde.

Aber die neuen Steuerbegünstigungen sind trotz ihres gewissermaßen positiven Charakters nicht imstande, die Grundaufgabe zu lösen, die die Sowjetmacht unter dem Druck der Wirtschaftskrise sich zu stellen gezwungen war, und zwar „die Stabilität in die wirtschaftlichen Berechnungen und Pläne der Bauernschaft hineinzutragen“. Auch den Machthabern ist es nach dem spontanen Getreide- und Anbaufreiß der Bauernschaft klar geworden, daß ohne solche Stabilität der Verhältnisse auf dem flachen Lande die Ausdehnung und die Intensivierung der bäuerlichen Landwirtschaft unmöglich ist. Dessen ungeachtet sind die soeben erzwungenen Begünstigungen nur auf 2 bis 3 Jahre berechnet. Eine so kurze Frist ist aber unzureichend, um bei den Bauern die wirtschaftspsychologischen Voraussetzungen für die Entwicklung der ins Stocken geratenen Landwirtschaft zu schaffen. Dabei haben die Bauern nach den Erfahrungen des Linkskurses keine unbedingte Sicherheit, daß auch nur die zwei- bis dreijährige Frist wirklich eingehalten wird...

Rykow hat vollkommen recht, wenn er behauptet, daß die Frage der wirtschaftlichen Aktivierung der Bauernschaft sich an der Politik stößt. Lenin hat bekanntlich die RCP, d. h. die neue Wirtschaftspolitik „im Ernst und auf die Dauer“ in der Hoffnung verkündet, daß sie eine Uebergangsstufe zum Sozialismus sein würde. Als es sich aber umgekehrt herausgestellt hatte, daß die RCP nur der Uebergang vom Kriegskommunismus zum Kapitalismus war, änderten Lenins Nachfolger mit Stalin an der Spitze teils aus eigener Ueberzeugung, teils unter dem Druck der Linksoption den ganzen strategischen Plan. Sie nahmen nun den Weg zur forcierten Industrialisierung in der Stadt und zur Zwangskollektivierung der Bauernschaft auf dem Lande. Die Folge davon war die Stagnation der Landwirtschaft und der Bruch mit der Bauernschaft.

Die neuen dürftigen „Begünstigungen“ für die Mittelbauern werden ihr Ziel schon deshalb verfehlen, weil sie nur als Provisorium, als ein erzwungenes Anhalten der eingeschlagenen „sozialistischen Offensive“ auf dem flachen Lande gedacht sind. Die Offensive muß immer weiter gehen, denn der linksgerichtete „strategische Plan“ wird trotz allen Konzeſſionen beibehalten.

Gerade anlässlich der neuen Steuerbegünstigungen für die Mittelbauern hat Rykow vor kurzem erklärt, es sei „keineswegs zulässig, daß die sozialistische Stadt und die sozialistische Industrie vom flachen Lande eingekreist würden, das sich auf der kapitalistischen Grundlage entwickle“. Indessen bildet gerade dieses Zusammenleben beider Wirtschaftssysteme das Wesen der von Lenin erdachten RCP!

Solange der eigentliche linkskommunistische „strategische Plan“ in Kraft bleibt, ist auch der gefährliche Bruch mit der Bauernschaft, der zur politischen Krise der Diktatur führt, unvermeidbar. Umsonst versucht die Sowjetmacht diesen ver-

hängnisvollen Bruch dadurch aus der Welt zu schaffen, daß die neuen Begünstigungen nur für die Klein- und Mittelbauern gelten sollen, während die „Kulaki“, die Großbauern, nach wie vor unter einem wirtschaftlichen wie politischen Ausnahmestand bleiben.

Die Sowjetmacht schließt sich an, „sowohl die technische wie die soziale Rekonstruktion des flachen Landes durchzuführen“. Aber sie überläßt, daß die sogenannte „soziale Rekonstruktion“, d. h. der Vernichtungskampf gegen die bemittelten Bauern in einen schroffen Gegensatz zu der „technischen Rekonstruktion“ der rückständigen russischen Landwirtschaft gerät. Denn die linkskommunistische Ripplierungspolitik auf dem flachen Lande führt nicht zur Sozialisierung der Landwirtschaft, sondern nur zu ihrem Zurückbleiben und ihrem Verfall.

Die sogenannte „strenge Durchführung der Klassenlinie auf dem flachen Lande“ wird eben deshalb in der Praxis mit einer spontanen Vereinigung aller Schichten der Bauernschaft zu einer Einheitsfront gegen die Wirtschaftspolitik der Diktatur beantwortet. Die neuen Konzeptionen der Sowjetmacht werden diese spontane Einheitsfront kaum zerrüteln, vielmehr noch festigen, da die Bauernschaft als Ganzes diese Konzeptionen als den Sieg ihrer „passiven Resistenz“ in der Form des Getreidestreiks betrachtet. Die zahlreichen sogenannten Kulakenbriefe, die jetzt in der „Bramda“ veröffentlicht werden, bestätigen, daß sich nicht nur die Großbauernschaft, sondern vielmehr die gesamte Bauernschaft, die aus der Agrarrevolution als eine Klasse der Dorfbourgeoisie hervorgegangen ist, nach der Entfesselung der kapitalistischen Wirtschaftsmethoden in Stadt und Land sehnt. Die Zwangskollektivierung wird in diesen Briefen als „Wiederkehr der Leibeigenschaft“ gebrandmarkt.

Die neuen Konzeptionen werden das politische Selbstbewußtsein der Bauernschaft, das auch in den neuen Sowjetwahlen zum Vorschein kommt, nur noch erhöhen. Dasselbe gilt für die kommunistische Rechtsopposition, die die Konzeptionen an die Bauernschaft dem Politbüro abgerungen hat. Das unaufhörliche Trommelfeuern nach rechts kann den tatsächlichen Sieg der Rechtsopposition nicht verschleiern.

Noch vor kurzem wurden Wandelstamm und manche andere Rechtsoppositionelle grausam gemahregelt, da sie eine eigenartige „Theorie der Konzeptionen“ zur Rettung der Parteidiktatur aufgestellt hatten. Jetzt unter dem Druck der wirtschaftlichen und politischen Krise ist die Stalinische Führung gezwungen, diese „liquidatorische“ oder, um mit Trotski zu sprechen, „im Grunde genommen thermidorische“ Theorie in der Praxis anzuwenden.

Aber die vorhandene Reserve der Konzeptionen, die der Diktatur zur Verfügung steht, ist sehr begrenzt. Zu scharf sind die Fragen der Wirtschaftspolitik gestellt, zu stark ist die Gärung in den verschiedensten Schichten besonders auf dem flachen Lande. Ist aber die Reserve der Konzeptionen erschöpft, dann kommt die Schicksalsstunde der Diktatur. Von dem aktiven Eingreifen der Arbeiterklasse in den Gang der Ereignisse wird es zum großen Teil abhängen, ob die unermüdliche Ueberwindung der bolschewistischen Diktatur sich in der Richtung zur Demokratie oder zum Bonapartismus vollziehen wird.

Die „Bauernfront“ brüchig. Differenzen am Rhein.

Rhein, 19. März.

Landesökonomischer Rat, langjähriges Vorstandsmitglied und stellvertretender Vorsitzender des Rheinischen Bauernvereins, der größten rheinischen landwirtschaftlichen Organisation, hat seine Heimat im Rheinischen Bauernverein niedergelegt. In einem längeren Schreiben an den ersten Vorsitzenden, n. B., sagt Bollig u. a., aus ernster Sorge um die Zukunft der Landwirtschaft und wegen schwerster Bedenken gegen die Verschmelzung der Organisationen der Bauernvereine und der Landverbände des Reichslandbundes, lehne er sich zu diesem Schritt gezwungen. Die Verantwortung für diese Entscheidung könne er nicht tragen. Er habe die Verschmelzung grundsätzlich nicht für richtig. Große Teile des deutschen Bauernstandes würden die Verschmelzung sicher ablehnen. Er sehe daher in der geforderten Einheitsorganisation keine Einheit, sondern Führer und Landvolk zerfallende neue Versplitterung. Der deutsche Bauernstand bliebe im Volksgefühl nur 27 Proz., bliebe also angewiesen auf die Zusammenarbeit mit den anderen Berufsständen.

Der Landvolkmann vor Gericht.

Gefängnis wegen Anreizung zur Steuerverweigerung.

Hensburg, 19. März.

Vor der Großen Strafkammer des Landgerichts Hensburg als Berufungsinstanz wurde gegen den Bauer Wilhelm Hamkens aus Lathen wegen Verleumdung und Aufreizung zur Steuerverweigerung verhandelt. Es handelt sich um zwei Prozesse. Der erste betrifft die Verleumdung eines Steuererhebers, Hamkens, der als Führer bei den sogenannten Landvolkbewegungen auftritt, wurde dafür peremptorisch gemacht, daß ein Geluch auf Steuerhinterziehung einer Steuer in Höhe von 28 M. abgelehnt wurde. Nach längerer Verhandlung wurde sowohl die Berufung des Angeklagten als auch der Staatsanwaltschaft zurückgewiesen. Es bleibt bei dem Urteil der Vorinstanz in Höhe von 300 M. — Die zweite Anklage behandelt die Aufreizung zur Steuerverweigerung. Diese wird in einem offenen Brief erklärt, den der Angeklagte im Auftrag der Landvolkbewegung an die Gemeindevorsteher seines Kreises gerichtet hat und in dem er aufforderte, den vorgelegten Behörden mitzuteilen, daß alle Gemeindeglieder nicht länger in der Lage seien, Steuern zu zahlen. Außerdem soll der Angeklagte in einer Versammlung zur Steuerverweigerung aufgefordert haben. Die Zeugnisaussagen über diese Rede waren widersprechend. Er selbst behauptet, weder in der Versammlung noch in dem offenen Brief zu einer Steuerverweigerung aufgefordert zu haben. Das Gericht war jedoch anderer Ansicht und verurteilte den Angeklagten zu vier Wochen Gefängnis.

Am Nachmittag wurde gegen neun Landwirte aus Dithmarschen, darunter zwei Gemeindevorsteher, verhandelt, die im November vorigen Jahres in Lunden eine Währungs gewalttätig verhängt hatten, indem sie sechs Ochsen, die auf dem Hamburger Markt versteigert werden sollten, auf dem Wege zum Bahnhof in Lunden abgingen. Das Schöffengericht in Husum hatte auf Geldstrafe von 30 bis 100 M. erkannt. Das Landgericht verurteilte die beiden Gemeindevorsteher zu 500 bzw. 400 M. und die übrigen Angeklagten zu je 300 M. Geldstrafe.

Nachfeier eines 80. Geburtstages.

Tirpich der Prophet der Revolution.

Die deutschnationale Presse hat gestern mit ungeheurer Aufmerksamkeit den 80. Geburtstag des Großadmirals a. D. Tirpich begangen. Man hat seine angeblichen Verdienste stürmisch gefeiert, seine Reden und Schriften massenhaft zitiert. Dabei fällt freilich die Sorgfalt auf, mit der um ganz Wesentliches herumgegangen worden ist. Die Leser der Hugenberg-Presse bekommen nur den „Schäpfer der deutschen Flotte“ und den ohne eigenes Verschulden verführten Sieger im Seekrieg gegen England zu sehen, nicht aber den Mann, der während des Krieges vernichtende Kritik an der Monarchie geübt und die Revolution prophezeit hat. Darum mag man es als eine nützliche Ergänzung der Festartikel von gestern betrachten, wenn hier ein paar Sätze aus den Kriegsbrieffen des Großadmirals in die Erinnerung zurückgerufen werden. So schrieb Herr v. Tirpich schon am 23. August 1914:

„Ich zittere in erster Linie für unser Deutschland, dem ich die Wucht und grimmige Entschlossenheit nicht in dem Maß zugetraut hätte; aber zugleich Vämmerlichkeit dadraben!“

Und am 2. Oktober: Die Leistung unseres Volkes ist großartig. Darin besteht unsere einzige Hoffnung, die Zügel Führung schnell!“

Am 13. November: „Ich habe geflitten und selbe noch mehr, daß unsere ganze Politik der letzten Jahre Blödsinn war.“

Am 17. November: „Am August sind unerhörte Fehler gemacht, keine Organisation im Bureau des Generalstabs und später Kapslosigkeit, die, wie jetzt hier allgemein eingesehen wird, zu dem unnötigen falschen Rückzug führte.“

Am 18. November: „Wenn nur der Kopf anders wäre, die Nation ist glänzend.“

Am 22. Januar 1915: „De mehr ich sehe von der Reichsleitung durch den Kaiser und den Kanzler, je mehr schwindet meine Hoffnung.“

Am 22. März: „Ich habe diese Ziellosigkeit, diese Hinfähigkeit dabei seit zwei Jahrzehnten miterlebt und gesehen, wie jedes Ressort für sich arbeitet, alles sich an „Ihn“ drängt, dem man den Glauben beibringt, alles selbst zu machen und von dem so große Vorteile ausgehen. — Bizzanz! Und nun haben wir diesen furchtbaren Krieg und das selbe Durcheinander und dieselbe Ziellosigkeit.“

Am 23. März: „Wir sind nicht nur politisch, sondern auch militärisch in den Krieg hineingetapert.“

Am 26. März: „Es ist ein unerhörtes Versagen

unserer Obersicht, mitverschuldet durch die Spitze.“

Und schon am 20. September 1914 hieß es: „Nichts rettet uns das Volk und seine Kraft. Mit dem blutigen Kasten- und Klassenwesen ist es vorbei. Sieg oder Niederlage. Wir bekommen die reine Demokratie.“

Und ähnlich am 3. März 1915: „Ich teile deinen Glauben an unser Volk, aber die Gefahr liegt nahe, daß wir erst durch eine Revolution durch müssen, an Stelle der Evolution.“

Herr von Tirpich hat allerdings seine Ankündigung, er werde nach dem Krieg „unter die Segen gehen“ und sich „Vaternenpfähle ausuchen“, nicht wahrgemacht. Er hat vielmehr sein politisches Asyl, wie es sich gehört, bei den Deutschnationalen gefunden. Deswegen hätte ihm aber die deutschnationale Presse doch nicht den einzigen Ruhm, der ihm bleiben wird, versagen sollen: den Ruhm nämlich, ein vernichtender Kritiker der Monarchie, ein Prophet der Revolution und der Demokratie gewesen zu sein.

Erich sieht weiße Mäuse.

Und muß deshalb vor Gericht.

Euxhaven, 19. März.

Am Mittwoch findet vor dem Amtsgericht Euxhaven die Verhandlung in der Privatklage Sparr gegen Euxhaven Lunden statt. Bei dem Prozeß handelt es sich um die Klage des Inhabers eines photographischen Ateliers, Heinrich Sparr, der seit 1920 in Euxhaven wohnt, gegen den General a. D. Erich Lunden wegen Verleumdung. In dem Buch: „Die Vernichtung der Freimaurerei durch Enthüllung ihrer Geheimnisse“, dessen Verfasser Erich Lunden ist, wird auch ein Bild einer Voge gebracht, die während des Krieges in St. Quentin tagte. In der Erläuterung zu diesem Bild wird gesagt, daß die auf dem Bild befindlichen Deutschen nicht nur Spionage zugunsten der Feinde unterstützt hätten, sondern daß der einzige Zivilist unter den zwölf in Uniform befindlichen Deutschen ein französischer Freimaurer sei, der an dieser Spionage beteiligt gewesen sei. Der angebliche französische Zivilist ist ein einer alten Hamburger Bürgerfamilie entstammender Photograph, der in Wandsbek ansässig ist und seit 1920 in Euxhaven ein photographisches Atelier betreibt. Sparr hat nun eine Privatklage gegen Lunden wegen öffentlicher über Nachrede angestrengt.

Trotski ist wirklich krank.

Gutachten eines deutschen Arztes.

Zur Widerlegung der Gerüchte, daß Trotski gar nicht krank sei, sondern eine Krankheit nur vorschütze, um die Einreiseerlaubnis nach Deutschland zu erhalten, hat sein Vertreter, Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld, der Reichsregierung und der Preussischen Regierung je ein Gutachten des Professors Dr. Julius Citron überreicht. Aus den Erklärungen dieses Arztes geht hervor, daß Trotski bereits im Jahre 1926 in Behandlung deutscher Ärzte gewesen ist, daß er damals in Berlin operiert wurde und daß die ärztliche Behandlung nicht abgeschlossen werden konnte, weil Trotski vorzeitig nach Rußland fahren mußte.

Prof. Citron hat die Notwendigkeit der Fortsetzung der ärztlichen Behandlung ausdrücklich bezeugt und auch erklärt, daß

der Wunsch Trotskis, von den deutschen Ärzten, die ihn durch mehrwöchige Beobachtung und eingehende Untersuchung am besten kennen, weiterbehandelt zu werden, medizinisch gerechtfertigt ist.

Kriegsprophezeiung Trotskis.

Konstantinopel, 19. März. (Kontin.)

In einer Briefeantwortung sagt Trotski, daß aus den Gegenständen zwischen England und den Vereinigten Staaten ein Krieg innerhalb der nächsten zehn Jahre zum Ausbruch kommen müsse. Gegenwärtig wolle sich Amerika die Herrschaft zur See sichern und Englands maritime Vorherrschaft brechen. Der Kellogg-Pakt beschleunige den Kriegsausbruch.

Verfassungskunde in den Schulen.

Dankenswerte Anweisung des preussischen Kultusministers.

Nach den Feststellungen der Sachbearbeiter des preussischen Kultusministeriums bei Schulbesichtigungen entspricht die Einführung der Kinder in das Verständnis der Verfassungen des Reichs und des Freistaates Preußen oft nicht den Ansprüchen, die an die staatsbürgerliche Unterweisung in der Schule gestellt werden müssen. Minister Dr. Bader hat die ihm nachgeordneten Regierungen daher ersucht, die Schulkomitee anzuweisen, diesem Unterrichtsgegenstande ihre besondere Fürsorge zuzuwenden und dabei folgenden zu beachten:

Die Richtlinien vom 15. Oktober 1922 fordern die Berücksichtigung der Verfassungen des Reichs und des Freistaates Preußen bei der ausführlich und möglichst anschaulich zu gestalten. Die Voraussetzung für eine befriedigende Lösung dieser Aufgaben ist zunächst, daß lehrplanmäßig die ausreichende Zeit für eine solche Behandlung der Verfassungen gesichert wird, sodann aber und vor allem, daß sie planmäßig in dem vorangehenden staatsbürgerlichen Unterricht vorbereitet wird. Nach den Richtlinien ist Staatsbürgerkunde, d. h. eine dem Verständnis der Altersstufe angepaßte Einführung in unsere staatslichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zustände, von Anfang an im Geschichtsunterricht und auch in anderen Fächern zu betreiben.

Dabei soll stets auf die Gegenwart Bezug genommen werden. Dies wird offenbar nicht immer sorgsam genug beachtet. Die abschließende Einführung der Kinder in die Verfassung, die zweckmäßigerweise nicht paragrafenweise, sondern nach den großen Gesichtspunkten, die dem ganzen Unterricht in der Staatsbürgerkunde zugrunde gelegen haben, zu erfolgen hat, soll zum größten Teil eine klärende und vertiefende Zusammenfassung der bereits erarbeiteten Erkenntnisse sein, so daß die Verfassung als das Ergebnis der bisherigen geschichtlichen Entwicklung erkannt und gewertet wird.

Bergwerkungslud bei Waldenburg.

Zwei Bergleute erschlagen.

Waldenburg, 19. März.

Auf Grube Ruben der Neutrober Kohlen- und Tonwerke wurden durch einen zu Bruch gehenden Pfeiler mehrere Bergleute verunglückt. Der Steiger Hildebrandt und der Bergmann Herden wurden durch die eisernen Träger erschlagen. Die übrigen Verunglückten konnten noch lebend geborgen werden.

Tschechisch-polnischer Zwischenfall.

Legionäreinsatz in Teschen.

Teichen, 19. März.

In der vorgestrigen Nacht wurde auf eine polnische Druckerei bei Teschen ein Überfall von ehemaligen tschechischen Legionären aus der Tschechoslowakei verübt. Sie demolierten die ganze Einrichtung, wurden dann aber durch Renalverhältnisse aus der Druckerei vertrieben. Die Täter entwichen vor den sie verfolgenden Polizeibeamten über die Grenze. In dieser Druckerei waren vor kurzem Schriften gegen die tschechoslowakischen Legionäre gedruckt worden.

Die Stadt Teichen im ehemaligen Österreichisch-Schlesien ist von den Weisen in Versailles zwischen der Tschechoslowakei und Polen geteilt worden, was natürlich dauernd Konfliktstoff gibt.

Der Kampf um die Missionare.

Boncour verteidigt die Regierungsvorlage.

Paris, 19. März. (Eigenbericht.)

Die Kammer setzt am Dienstag nachmittags die Beratungen über die Kongregationsangelegenheit fort, nachdem die Sozialisten ihren ursprünglich geplanten Bertragsantrag zurückgezogen hatten. Paul Boncour verteidigte in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des auswärtigen Ausschusses die neue Vorlage und betonte, daß die Kommission sich in völliger Einmütigkeit mit der Regierung befindet, nachdem diese den von ihr angenommenen Entwurf zu dem ihren gemacht habe. Auch in diesem Punkt geht Boncour seine eigenen Wege. Bereits bei der letzten Abstimmung über diese Frage hat er im Gegensatz zu der Haltung der gesamten Fraktion sich der Stimme enthalten. Diese Haltung wird in der Partei scharf kritisiert. Red. d. „A.“ Der Berichterstatter Héraud betonte, daß bereits die Urheber der Trennungsgelegenheit davon gedenkt hätten, die Gesetze in einigen Punkten zu verbessern. Man habe nicht gewollt, daß die Kongregationen eingegeben, sondern daß ihre Existenz gefährlich sei. Alle französischen Außenminister hätten seither die Kongregationen im Auslande unterstützt. Es müsse betont werden, daß die vom Staat unterhaltenen Säkularschulen, die 34 Millionen Zuschüsse erhielten, im ganzen nur 10 000 Kinder unterrichten, während die Kongregationen bei 7 100 000 Franken eine Gesamtschülerzahl von 800 000 erreichten. Italien unterstütze seine Missionen, ebenso Deutschland. Wenn die französischen Missionen heute verschwinden, so gefährde dies nur zum Schaden des französischen Einflusses. Es handle sich um die Zukunft der französischen Stellung im Auslande.

Der Grundbesitz im Osten.

Warum mußten die Großen verschulden?

Von Max Simon, M. d. L.

Es ist Tatsache, daß in Ostpreußen wie im gesamten Osten der Bauer, zum Teil auch der Siedler, besser durch die landwirtschaftliche Verschuldungskrise hindurchkommt, als der Großgrundbesitzer. Dagegen spricht nicht, daß umfangreiche landwirtschaftliche Großbetriebe, die in der Form von Aktiengesellschaften und Gesellschaften m. b. H. in Verbindung mit Industrieunternehmungen unter Benutzung aller Errungenschaften landwirtschaftlicher und industrieller Technik arbeiten, sich halten. Es wäre auch vom Standpunkt der Volksernährung aus ein Wahnsinn, musterhafte Großbetriebe zu zerschlagen, um aus ihnen landwirtschaftliche Kleinbetriebe zu schaffen. Doch die Fehler, die in der Vorkriegszeit von dem Großgrundbesitz begangen wurden, sind heute durch seine wirtschaftlichen Maßnahmen, auch wenn solche noch so gut gemeint sind, wieder gut zu machen.

Durch den Zolltarif vom Jahre 1903 erhielt der Großgrundbesitz noch eine letzte Gnadenfrist. Schon dieser Zolltarif war eine glatte Inflation; die Kaufkraft des Geldes wurde durch ihn um etwa 30 Proz. vermindert. Die Wirkung dieser Inflation war erst zehn Jahre später (1914) zu spüren. Industrie- und Agrarprodukte hielten sich 1914 die Waage. Schon damals kam eine Menge Güter zur Zwangsversteigerung. Der Großgrundbesitz wäre in den Jahren 1914 bis 1920 langsam zusammengebrochen, wenn ihn der Weltkrieg nicht nochmals gerettet hätte. Er wäre als Latifundienbesitz in diesem riesenhaften Ausmaß in Ostpreußen schon viel früher erledigt gewesen, wenn das Dreiklassenwahlrecht und die Gutsbezirke schon lange vor dem Kriege abgebaut worden wären.

Krieg und Inflation sicherten dem Großgrundbesitz ein üppiges Jahrzehnt. Nicht ein Hektar Land wurde in der Inflationszeit von Großgrundbesitzern freiwillig zu Siedlerzwecken abgetreten, die heute Hunderte, zum Teil sogar Tausende von Morgen zur Neu- und Anliegersiedlung abstoßen oder, wie der Fürst Carolath-Beuthen, der Baron von den Bank- und Wadnig und andere, sie selbst besiedeln. Die Inflation ging 1923 zu Ende. Der Großgrundbesitz hat im allgemeinen an eine stabile Wertfestlegung der Zahlungsmittel nicht geglaubt. Die Führer des Landbundes unterstützten ja auch diese Meinung. So hielten die Großgrundbesitzer ihre übersteigerte Lebenshaltung der Inflationszeit aufrecht. Kein Wunder, daß im Jahre 1924/25 ungeheure kurzfristige Schulden gemacht wurden.

Da die Währung stabil blieb, mußten die Landwirte die kurzfristigen Schulden in langfristige umwandeln. Spargelder standen nur im geringen Umfang zur Verfügung, deshalb mußten hohe Zinsen, in vielen Fällen auch ein Kapitalabschlag, gezahlt werden. Von 1924 bis 1926 bekamen die Landwirte sehr oft nur 60 Proz. der eingetragenen Hypothekensumme in bar. Trotzdem war ein Teil der großen Landwirte auch in diesen Jahren im Frühjahr in Ägypten oder Italien, im Sommer im Nordland oder an der See, im Winter in Berlin oder in der Schweiz zu finden. Es kommt noch folgender Umstand zum Niedergang des Großgrundbesitzes hinzu. Im Kriege waren die tüchtigen landwirtschaftlichen Beamten zum Teil eingezogen, während ein starker Prozentsatz der Rittergutsbesitzer oder ihrer Söhne zu Haus blieben und die Güter selbst bewirtschafteten. Das ging zur Not im Kriege. Viele der landwirtschaftlichen Beamten wurden zu Offizieren des Krieges. Die Güter wurden von den Söhnen der Großgrundbesitzer vererbt, die wenigen Fachbeamten der Landwirtschaft wurden hinausgedrängt. In der Inflationszeit ging das zur Not, nach der Inflationszeit ging die Kunst dieser Herren zu Ende. Die Güter brachten nichts mehr, das Defizit wurde Jahr um Jahr größer. Die wirklich tüchtigen Landwirte aller Betriebsgrößen — ich kenne eine größere Anzahl in meiner Heimatprovinz Schlesien — haben nach den Informationen, die mir zugegangen sind, weder nennenswerte Schulden, noch sind sie bisher der Marktkrise zum Opfer gefallen. Es wird aber auch in Schlesien kein einziger Großgrundbesitzer nachzuweisen sein, der unverändert in seine Not geraten ist.

Das Endergebnis des Weltkrieges für die Großlandwirtschaft ist: wenig Sachkenntnis (dafür wird um so mehr mit politischen Schlagworten „geachtet“), hohe Schulden zu 9 und 10 Proz. Dazu kommen 4 Proz. Amortisation und 1/2 Proz. Unkosten; ferner noch hohe Steuern und Lasten, die auch der Landwirtschaft wie jedem Berufsstande Deutschlands als Folge des Krieges aufgebürdet werden müssen.

Durch das Fehlen des Dreiklassenwahlrechts ist dem Großgrundbesitz die frühere starke Einflusnahme auf Wirtschaft und Politik genommen, durch die Eingemeindung der Rittergüter und Gutsbezirke in die Gemeinden wurde ihm die letzte Machtposition entzogen. Durch den Zutritt des Rittergutes kommt der bäuerliche und der Kleinbesitz in den Steuern herunter, der Großgrundbesitz hinauf. Diese Auswirkung wird erst in etwa drei bis vier Jahren eintreten.

Die Krise des Großgrundbesitzes im Osten wird durch Stützungsaktionen aneinander nur verlängert werden, sie ist wahrscheinlich auch durch keine Aufnahmeorganisation aufzuhalten, es wäre denn, daß die Aufnahmeorganisation in jeder Provinz jährlich etwa 100 Güter auflöst. Das dürfte deshalb unmöglich sein, weil jetzt noch kein Großgrundbesitzer die Güter preiswert, d. h. zum Schuldenstand an die Aufnahmeorganisation abgeben wird.

Auch eine Radikalkur, die Heruntersetzung des Hypothekeneinsatzes auf 3 bis 4 Proz., würde die Krise nur um vier bis fünf Jahre verlängern, sie aber nicht beenden.

Im Gegensatz zum Großgrundbesitz ist der bäuerliche Besitz unter 300 Morgen — besonders in Schlesien — verhältnismäßig gesund und kommt vorwärts. Der Besitz unter 100 Morgen, der im wesentlichen mit eigenen Kräften wirtschaftet, ist fast ganz gesund.

Die wirtschaftliche Entwicklung der Landwirtschaft geht in Richtung des Marxprogramms der Sozialdemokratischen Partei mit seiner Unterbrechung von Arbeitseigentum und Herrneigentum und der Beseitigung der Latifundien- und Großgrundbesitzes über 750 Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche.

Paul Frösch — „bei keiner Fraktion“. Im Reichstag liegt neuerdings eine Liste auf mit dem Aufdruck „Bei keiner Fraktion“. Einziger Benutzer dieser Liste ist der „Brandler“ Paul Frösch, der noch viele Monate nach seinem Ausschluss aus der Partei auf der kommunistischen Fraktionsliste geführt worden war. Die neue Liste weist noch Platz für sieben Abgeordnete auf. Ob das reichen wird?

Das kommt ihnen spanisch vor!



Tatsächlich — in Spanien kämpfen Studenten gegen statt für Diktatur. Sage ja immer: den deutschen Couleurburschen macht uns die ganze Welt nicht nach!

Utrecht vor der belgischen Kammer

Sozialistische Interpellation — Schwere Angriffe auf Regierung und Generalstab.

Brüssel, 19. März. (Eigenbericht.)

Am Dienstag fand in der Kammer die sozialistische Interpellation über die Utrechter Fälschungsaffäre zur Debatte. Der sozialistische Abgeordnete Mathieu forderte die Regierung in einer wirkungslosen Rede auf, über das Verhalten der militärischen Sicherheitsbehörde Aufklärung zu geben.

„Dieses Verhalten — so führte der sozialistische Redner aus — hat bei allen ehrlichen Menschen Entrüstung hervorgerufen. Auch die Kammer hat es verurteilt. Wir verlangen genaue Aufklärung über die Rolle des militärischen Spionagedienstes. Ist es wahr, daß der Chef dieses Dienstes das gefälschte Dokument forgiert und mit Bemerkungen versehen hat? Wie kommt es, daß der militärische Spionagedienst, der alles mußte, eine ganze Woche beharrlich schwieg, während die Regierung von nichts wußte und nach allen möglichen Mitteln griffen mußte, um die Wahrheit zu erfahren? Warum hat sich die Regierung nicht sofort an den Generalstab und durch dessen Vermittlung an den militärischen Nachrichtendienst um Aufklärung gewandt? Ferner hören wir, daß der militärische Nachrichtendienst schon seit einem Jahre Kenntnis von dem Bestehen eines privaten Spionagebureaus in Wilhelm an der Ruhr hatte. Hat der militärische Nachrichtendienst Außenminister Hymans von dieser Tatsache in Kenntnis gesetzt? (Außenminister Hymans: „Nein.“) Mathieu fortfahrend: „Wie ist dieses Schweigen zu erklären?“

Mathieu erinnerte im weiteren Verlauf seiner Rede daran, daß der Kriegsminister de Broqueville vor zwei Jahren von der Kammermehrheit die erhöhten militärischen Strafen und die Zustimmung zu neuen Grenzbesetzungen durch den Hinweis auf einen Geheimbericht über die angeblichen deutschen Rüstungen erlangte. Wörtlich fährt er dann fort: „Stammt dieser Geheimbericht, über den der Kriegsminister selbst jede Aufklärung verweigerte, aus derselben Quelle wie die Utrechter Fälschung? (Zuruf links: „Er stammt offenbar von Frank-Heine!“)

Kriegsminister de Broqueville: „Ich wußte nichts von der Existenz des Wülheimer Bureaus.“

Mathieu: „Der militärische Nachrichtendienst scheint sich überhaupt mehr mit innerpolitischen Angelegenheiten als mit militärischen Dingen befaßt zu haben. Es lag ihm mehr daran, die ständischen Verschönerungen als geheime Pläne von Auslands-mächten aufzudecken. Ist der militärische Nachrichtendienst dazu da, durch derartige unaufrichtige Machenschaften den Wahlkampf zu beeinflussen? Die Regierung erklärt, sie werde die Schulden bestrafen und den militärischen Nachrichtendienst reorganisieren. Auch darüber wollen wir Aufklärung. Will man sich damit begnügen, diese Organisation einem anderen Ministerium zu unterstellen oder will man wirklich reinen Tisch machen? Ferner kündigt die Regierung eine schärfere Aufsicht der Ausländer an. Die Ausländer haben mit dieser Angelegenheit überhaupt nichts zu schaffen.“

Demagogische Zollpolitik.

Um die Vieh- und Fleischpreise.

Der Handelspolitische Ausschuss des Reichstages hatte gestern über die Anträge auf Erhöhung der Viehzölle, um sie den Fleischzöllen anzugleichen und über die Anträge auf Erhöhung der Speck- und Schmalzzölle zu entscheiden. Nach langem Hin und Her wurde ein Antrag der bürgerlichen Parteien bei Stimmeneinstellung der Sozialdemokratischen Partei angenommen. Danach soll die Regierung Maßnahmen vorschlagen, um ein angemessenes Preisverhältnis zwischen Vieh- und Fleischpreisen herzustellen.

Angefaßt der von uns wiederholt vertretenen und unwider-sprochen gebliebenen Auffassung, daß die Erhöhung der Viehzölle die gedrückten Kinderpreise nicht heben kann, wäre dieser Antrag vernünftigerweise nur so aufzufassen, daß andere Maßnahmen ergriffen werden sollen, um die Viehpreise zu heben. Wir möchten hierbei darauf hinweisen, daß es zur Hebung der Viehpreise absolut keiner Erhöhung der Fleischpreise und keiner neuen Belastung der Verbraucher bedarf. Gegenüber dem Vor-jahre sind die Rindviehpreise um 10 bis 20 Prozent zurückgegangen, von einem Absinken der Rindfleischpreise im Kleinhandel ist dagegen bis heute so gut wie nichts zu bemerken. Die Zwischenhandelspreise zwischen Erzeugerpreis und Verbraucherpreis hat sich also bedeutend ermäßigt. Hier muß der Hebel angelegt werden. Die übermäßigen Profite des Zwischenhandels und des Fleischgewerbes müssen auf ein normales Maß reduziert werden.

Daß eine Hebung der Viehpreise ohne Erhöhung der Fleisch-

Die Spione sind Belgier.“ (Zuruf Banderdelles: „Wenn man die Behandlung der Ausländer noch verschärft, dann bleibt überhaupt nur noch die reine Willkür gegen sie.“) Mathieu fährt fort: „Und schließlich: Warum hat man Frank-Heine plötzlich auf freiem Fuß gesetzt? Die öffentliche Meinung ist der Überzeugung, daß die Regierung hier etwas vertuschen wollte.“

In seiner Erwiderung versuchte der Ministerpräsident Jaspars, der wiederholt durch Zwischenrufe unterbrochen wird, sich daraufhin auszuweisen, daß die Regierung den Gang des Gerichtsverfahrens gegen Heine in keiner Weise beeinflusst habe. Die Freilassung Heines sei von der Staatsanwaltschaft in voller Unabhängigkeit und aus rein juristischen Gründen angeordnet worden. In Belgien sei die Justiz von der Regierung unabhängig. Die Regierung habe nichts zu verheimlichen. Das Gegenteil werde bewiesen durch die Tatsache, daß sie die Staatsanwaltschaft ursprünglich aufgefordert habe, das Strafverfahren gegen Heine einzuleiten. „Sie hat — so fuhr Ministerpräsident Jaspars fort — ferner die Disziplinarmaßnahmen gegen die Beamten des militärischen Nachrichtendienstes ergriffen, die ohne Wissen ihrer Vorgesetzten sich mit Heine eingelassen hatten, und ferner hat sie einschneidende Maßnahmen getroffen, damit sich solche Vorfälle nicht mehr wiederholen können.“

Anschließend nahm Banderdelles das Wort. Er erklärte, es sei unerheblich, ob ein Spion und Fälscher wie Heine, der durch verdächtige Machenschaften den Frieden stören wollte, frei ausgehen könne. Das könne die öffentliche Meinung nie und nimmer verstehen. Banderdelles stellte ferner die Frage an den Kriegsminister, ob Frank-Heine vom belgischen militärischen Nachrichtendienst ein

monatliches Gehalt von 800 Franken

erhalten habe. Kriegsminister de Broqueville: „Das ist falsch.“ Ein sozialistischer Abgeordneter ruft: „Sagen Sie uns dann, wieviel er bezogen hat!“ De Broqueville antwortet: „Für die Fälschung hat er nichts bezahlt bekommen.“ (!) Banderdelles (schief) mit der nachmaligen Aufforderung, diesem ganzen Treiben ein Ende zu machen, vor allen Dingen volles Licht über die Angelegenheit zu verbreiten.

Der ständische Frontkämpferführer Bos mied schließlich noch darauf hin, daß Jaspars 1923, damals Außenminister, sich entschieden weigerte, eine Enquete über die Beschäftigung von belgischen Spionen im besetzten Rheinland zu veranstalten. Der Kommunist Jacquemotte behauptete, daß die belgische Regierung am 26. Februar, als sie die holländische Regierung aufforderte, eine Untersuchung über die Herkunft der Fälschung anzuordnen, ganz genau wußte, daß Frank-Heine der Fälscher war. Jacquemotte will ferner wissen, daß Frank-Heine am Tage seiner Verhaftung von der holländischen Grenze aus eine Depesche an den militärischen Nachrichtendienst geschickt habe.

Am Mittwoch wird über die Interpellation abgestimmt.

preise möglich ist, zeigt das von uns vor wenigen Tagen mitgeteilte Beispiel der Zusammenarbeit von Viehwertergenossen-schaft mit Konsumgenossenschaft im Braunobstmarktgebiet, die in wenigen Wochen eine Erhöhung der Viehpreise um mehr als 10 M. je Zentner, d. h. um mehr als die Höhe des gesamten Viehzolles ermöglichte, ohne zusätzliche Belastung der Verbraucher! Nur auf dem Wege einer planmäßigen Organisation des Viehhandels in ganz Deutschland, verbunden mit gründlicher Marktforschung und Marktforschung kann dem Uebelstand der gedrückten Rindviehpreise abgeholfen werden. Nach dieser Richtung hin müssen sich daher auch die Vorhänge der Reichsregierung zur Besserung der Rindviehpreise bewegen.

Ist somit durch diesen Antrag die Möglichkeit einer vernünftigen Regelung der Kinderpreise aufgezeigt, so ist der zweite Antrag der bürgerlichen Parteien im Handelspolitischen Ausschuss auf Erhöhung der Zölle für Speck und Schmalz nichts anderes als sinnlose Brutalität oder Demagogie. Denn die Erhöhung dieses Zolles muß absolut ohne Einfluß auf die Preisgestaltung für deutschen Speck und deutsches Schmalz bleiben, wohl aber muß sie die ärmsten Verbraucher, die bei ihrer Ernährung auf den nirgends bestellten amerikanischen Speck und das amerikanische Schmalz aus finanzieller Not angewiesen sind, schwer bedrücken.

Obwohl die Sozialdemokraten diesen Standpunkt mit genügend der Klarheit und Energie vertreten haben, wurden sie von den bürgerlichen niedergestimmt. Erneut zeigt dieser Portale, daß es den agrarischen Vertretern viel weniger darum zu tun ist, der Landwirtschaft wirklich zu helfen, als nach außen hin ihren Anhängern auf dem Lande mit nutzlosen Scheinerfolgen zu imponieren.

Tagung der Bühnengenossenschaft.

In schwerer wirtschaftlicher und künstlerischer Krisenzeit hält die Genossenschaft deutscher Bühnengehöriger diesmal ihre Delegiertenversammlung ab. Der Präsident Karl Wallauer hat es nicht leicht, die Abgeordneten der Schauspieler zu befriedigen. Noch komplizierter ist die Beherrschung der Tribünen. Denn eine „radikale“ Gruppe von Bühnenkünstlern, die sich offen zur „Roten Internationale“ bekennen, hält die Zuhörerplätze besetzt. Man versucht, von den Tribünen aus die Delegierten zu terrorisieren, und es bedarf der ganzen Energie des Präsidenten, um Ruhe zu schaffen. Die Radikalmacher wagen es schließlich nicht mehr, ihre gewalttätige Entfernung zu riskieren. Sie hören friedlich an, was verhandelt wird.

Die Genossenschaft legte einen Geschäftsbericht vor, der sich über drei Jahre erstreckt. Es ist charakteristisch, daß in dieser Zeit die Zahl der Genossenschaftsmitglieder beträchtlich herunterging. Viele mußten gestrichen werden, weil sie ihre Beiträge nicht mehr zahlten, und andere schlossen sich aus oppositionellem Eigensinn von dem Genossenschaftsleben aus. Die Zeitung der Genossenschaft hat sich trotz andauernder Missstände persönlichster Art nicht davon abhalten lassen, für die künstlerische und wirtschaftliche Wohlfahrt der deutschen Bühnenkünstler zu sorgen. Der Kampf mußte außerordentlich energisch geführt werden.

Die privaten Bühnenleiter, aber auch die bürokratisch organisierten Verwaltungen der Landes- und Stadttheater sind immer mehr bestrebt, ihre künstlerischen Betriebe einzuschränken. Man weiß, daß besonders das Thüringer Land von solchen Sparmaßnahmen bedroht ist, und im Thüringischen Landtag sind es die kommunistischen Abgeordneten, die sein Herz und seine Liebe mehr für die Schauspieler aufbringen.

Diese Abkantung graffiert augenblicklich bei allen sogenannten gemeinnützigen Theatern. Selbst große und hochstehende Kunstbetriebe, wie etwa die Theater von Frankfurt und Wiesbaden, sollen zusammengelegt werden. Für die künstlerische Entwicklung dieser Institute bedeuten solche Absichten eine schwere Schädigung, sie betreffen vor allem das Schauspielerpersonal.

Ein höchst wichtiges Problem bedeutet für die Schauspieler die Regelung und Organisation des Nachwuchses. Eine Menge von Anträgen liegt vor, die sich mit der Lösung dieser schwierigen Frage

beschäftigen. Noch ist es nicht entschieden, wie man sich aus der Zwangslage befreien will. Fest steht auf jeden Fall, daß der Zulauf ungeeigneter und auch ungenügend vorgebildeter Elemente zum Theater abgedämmt werden muß. Die Direktoren benutzen gerade diese Anfänger, um die Gagen zu drücken und den Bühnengehörigen unmögliche Ueberforderungen der tarifmäßigen Arbeitszeit und Ruhepausen zuzumuten.

In der Zeit der allgemeinen Arbeitslosigkeit beim Theater wird die Frage eifrig erörtert, auf welche Art der Stellenmarkt am besten auszunutzen sei. Die beiden Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer beim Theater, der deutsche Bühnenverein und die Deutsche Bühnengenossenschaft, haben den „paritätischen Stellennachweis“ gegründet, der den Bühnenkünstlern zu angemessenen Provisionen Stellen nachweist. Neben dieser offiziellen Agentur besteht aber eine Unzahl privater Stellungsvermittlungen, über deren Geschäftsmethoden vielfach geklagt wurde, und gegen die das Gesetz keinen ausreichenden Schutz gewährte. Zum Glück müssen diese privaten Agenturen mit 1. Januar 1930 verschwinden. Die Theateragenten sind natürlich erbitterte Gegner dieser kommenden Organisation. Die Schauspieler sind aber entschlossen, diese Privatunternehmer künftig auszuschalten.

Noch immer ist das Reichstheatergesetz bei den vorbereitenden Instanzen verwehrt. Selbst dann, wenn dieses Reichsgesetz Kraft erhalten sollte, wird es nur die öffentlich-rechtlichen Fragen beim Theater regeln. Die gesetzlichen Bestimmungen, die das Arbeitsverhältnis des Bühnenkünstlers angehen, sollen so geregelt werden, daß sie innerhalb des kommenden Reichstheatergesetzes einen besonderen Abschnitt bilden. Aber alle Hoffnungen auf diese allgemeine Regelung sind noch nicht erfüllt. Man weiß auch noch nicht, wann der Reichstag das Reichstheatergesetz und das durch ihn ergänzte Reichsarbeitsgesetz für die deutschen Bühnenkünstler durchbringen wird.

Die Genossenschaft deutscher Bühnengehöriger ist dem VFA-Bund angeschlossen. Siegfried Aufhäuser, der Vorsitzende des VFA-Bundes, ließ sich die Gelegenheit denn auch nicht nehmen, gewerkschaftliche Grüße zu überbringen. Aufhäuser betonte die politische Neutralität und den rein gewerkschaftlichen Charakter der Bühnengenossenschaft. Gerade diese Äußerungen mißfielen der kommunistischen Tribüne, und es wäre beinahe zum Kampf gekommen, wenn der Verhandlungspräsident nicht mit seiner überlegenen Taktik eingegriffen hätte.

gewerkschaftlern, zwei Deutschnationalen, 17 Kommunisten bzw. Unorganisierten und zwei christlichen Fachverbänden. Im Betriebsrat sind 12 Freigewerkschaftler, zwei Deutschnationale, 14 Kommunisten bzw. Unorganisierte und zwei christliche Fachverbände vertreten.

Es ist selbstverständlich, daß die kommunistische Presse — voran die „Rote Fahne“ — ein Freudengeheul anstimmte über den Ausgang dieser Wahlen. Verständlich und begreiflich angesichts der sonst überaus mäßigen Erfolge der neuen Linie der Opposition. Ohne die Bedeutung dieser „neuen Linie“ zu unterschätzen, sind wir der Ueberzeugung, daß diese Parole der kommunistischen Partei nur dort Erfolge aufzuweisen haben wird, wo die gewerkschaftliche Organisation relativ schwach ist. Es mag zugegeben werden, daß einzelne gewerkschaftliche Organisationen, für deren Organisationsgebiet dies zutrifft, Schwierigkeiten in gewissem Maße haben werden. In den Verbänden und in den Betrieben, in denen die Organisation gut ist, dürfte die Parole der SPD wirkungslos bleiben. Damit fallen auch die Schlussfolgerungen, die vor allen Dingen die bürgerliche Presse aus dem Ausfall der Wahlen bei der Verkehrs A.-G. zieht, in sich zusammen.

Die freien Gewerkschaften haben im Laufe der letzten zwei Jahre eine solche numerische Stärkung erfahren, daß Gefahr für sie aus den Maßnahmen der kommunistischen Partei nicht entstehen kann. Das Wahlergebnis bei der Verkehrs A.-G. ist auf ganz andere Umstände zurückzuführen. Die Organisation in allen drei Unternehmen ist verhältnismäßig jungen Datums und alle Kinderkrankheiten, die junge Organisationen durchzumachen haben, machten sich angesichts der besonderen Eigenart dieser Betriebe besonders bemerkbar. Hingutam, daß im Jahre 1923 durch die Stilllegung der Straßenbahn die gewerkschaftliche Organisation fast völlig zerstört wurde, daß bei dem Aufbau des Unternehmens alle ehemaligen Funktionäre ausgeschaltet wurden, daß man die freigewerkschaftliche Organisation systematisch bekämpfte. Hingutam weiter, daß auf diesem so schwierigen Gebiet eine ganze Reihe von Gewerkschaftsorganisationen sich um die Organisation des Personals bemühten. Die Christen, die Hirsch-Dunckerschen, die Deutschnationalen und die wirtschaftsfriedlichen Vereinigungen waren bemüht, nach Kräften Verwirrung in die Köpfe der Belegschaft zu bringen. Daß unter diesen Umständen die

kommunistischen Phrasen auf günstigen Boden fielen, ist nicht zu wunderlich.

Weiter ist nicht ohne Bedeutung, daß der Führer der Opposition, Deter, in seiner Eigenschaft als Landtagsabgeordneter und als Berliner Stadtparordneter immerhin sich einen gewissen Einfluß sicherte, wobei nicht vergessen werden darf, daß Deter angesichts seiner außerordentlich vorsichtigen Haltung der Direktion der Hochbahn gegenüber sich an dieser Stelle einer gewissen Beliebtheit erfreute. Es ist schon so, daß den früheren Direktionen der Straßenbahn wie auch der Hochbahn kommunistische Arbeitervertretungen lieber und angenehmer waren, als die Vertreter der einer nach den Grundfähren freigewerkschaftlicher Gewerkschaftsarbeit arbeitenden Vertretung.

Fügt man alle diese Umstände zusammen, so war dem Wissen den das Wahlergebnis keine Ueberraschung. Es kann also durchaus nicht als Symptom für die Beurteilung der allgemeinen Situation in der Gewerkschaftsbewegung angesehen werden. Wir sind überzeugt, daß in nicht allzu ferner Zeit der „Opposition“ mit Deter, trotz aller Rücksicht und Vorsicht, die dieser „entschiedene Oppositionsmann“ walten lassen wird, auch in den Verkehrsbetrieben ihr Sterbeglocklein läuten wird. Dieses um so mehr, als die Arbeit Deters im Betriebsrat im Gegensatz stehen wird und stehen muß zu den Parolen, die die SPD, und die er auch selbst in der Öffentlichkeit geben wird.

Schiedsspruch im Mansfeld-Konflikt.

Halle, 19. März. (Eigenbericht.)

Gestern um 17 Uhr wurde im Lohnkampf zwischen Bergarbeitern und Mansfeld A.-G. nach sechsstündiger Sitzung folgender Schiedsspruch gefällt:

Die Löhne bei der Mansfeld A.-G. werden erhöht ab 1. Februar 1929 um 7 Proz., ab 1. April um 10 Proz., ab 1. Mai um 12 Proz. Die Spannungsabnahme werden ausgeglichen durch wprozentige Lohnzulagen auf die niedrigsten Bergarbeitereinkommen. Dieser Schiedsspruch ist einmonatlich kündbar, erstmals zum 30. September 1929.

Im Laufe dieser Woche werden die Bergarbeiterfunktionäre des Bezirks Halle zu diesem Spruch Stellung zu nehmen.

Lügen noch nicht zu Ende geführt. Es bleiben daher auch wie bisher alle anderen Personenschiffahrtsunternehmen für unsere Mitglieder gesperrt. Zu weiterer Auskunft sind wir gern bereit. (Telephon F. 7 Jannowitz 6191.)

Berliner Personenschiffahrt.

Die Schiffahrtsabteilung des Deutschen Verkehrsbundes schreibt uns:

Aus den Kreisen der modernen Arbeiterbewegung gehen uns zurzeit ständig Anfragen zu, mit welchen Reedereien der Personenschiffahrt der Deutsche Verkehrsbund die Lohn- und Arbeitsbedingungen für das Personal durch Tarifverträge geregelt hat. Wir erkennen daraus, welch großes Interesse die wertvolle Bevölkerung an einem geregelten Arbeitsverhältnis des Schiffahrtspersonals hat. Zur allgemeinen Information teilen wir daher mit, daß bis jetzt nur Tarifabschlüsse mit den bekannten Reedereien Langwaldt u. Schmalle, C. 2, Stralauer Brücke 8, sowie Kempin u. Seel, Stralauer Brücke 7, getroffen worden sind. Mit einigen anderen Reedereien sind die Verhand-

Einigkeit. Wegen Differenzen mit der Firma Bedmann & Götze, Jochenheider Gärten, und für Einigkeit sämtliche Bauten, auf denen diese Firma arbeiten hat, gesperrt. Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Freie Gewerkschafts-Jugend Groß-Berlin

Seute, Mittwoch, 19. März, tagen die Gruppen: Seute: Gruppenheim, Jugendheim, Schöneberg, 1. (Vollversammlung). Vortrag: „Die Entwicklung der proletarischen Jugendbewegung“. Referent: Heinz Mann. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 2. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 3. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 4. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 5. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 6. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 7. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 8. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 9. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 10. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 11. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 12. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 13. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 14. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 15. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 16. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 17. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 18. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 19. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 20. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 21. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 22. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 23. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 24. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 25. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 26. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 27. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 28. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 29. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 30. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 31. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 32. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 33. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 34. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 35. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 36. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 37. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 38. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 39. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 40. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 41. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 42. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 43. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 44. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 45. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 46. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 47. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 48. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 49. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 50. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 51. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 52. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 53. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 54. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 55. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 56. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 57. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 58. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 59. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 60. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 61. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 62. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 63. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 64. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 65. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 66. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 67. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 68. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 69. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 70. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 71. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 72. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 73. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 74. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 75. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 76. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 77. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 78. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 79. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 80. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 81. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 82. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 83. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 84. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 85. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 86. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 87. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 88. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 89. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 90. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 91. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 92. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 93. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 94. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 95. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 96. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 97. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 98. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 99. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 100. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 101. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 102. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 103. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 104. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 105. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 106. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 107. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 108. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 109. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 110. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 111. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 112. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 113. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 114. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 115. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 116. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 117. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 118. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 119. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 120. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 121. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 122. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 123. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 124. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 125. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 126. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 127. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 128. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 129. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 130. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 131. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 132. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 133. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 134. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 135. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 136. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 137. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 138. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 139. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 140. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 141. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 142. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 143. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 144. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 145. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 146. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 147. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 148. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 149. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 150. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 151. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 152. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 153. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 154. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 155. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 156. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 157. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 158. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 159. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 160. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 161. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 162. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 163. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 164. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 165. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 166. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 167. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 168. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 169. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 170. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 171. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 172. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 173. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 174. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 175. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 176. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 177. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 178. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 179. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 180. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 181. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 182. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 183. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 184. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 185. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 186. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 187. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 188. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 189. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 190. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 191. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 192. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 193. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 194. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 195. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 196. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 197. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 198. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 199. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 200. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 201. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 202. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 203. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 204. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 205. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 206. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 207. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 208. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 209. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 210. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 211. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 212. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 213. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 214. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 215. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 216. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 217. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 218. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 219. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 220. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 221. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 222. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 223. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 224. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 225. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 226. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 227. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 228. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 229. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 230. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 231. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 232. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 233. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 234. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 235. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 236. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 237. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 238. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 239. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 240. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 241. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 242. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 243. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 244. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 245. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 246. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 247. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppenheim, Schöneberg, 248. (Vollversammlung). Vortrag: „Religion und Sozialismus“. Referent: Franz Depisch. — Seute: Gruppen

Stadthaushaltsberatung.

Deutschnational-kommunistisches Duett zur Vorbereitung der Wahlen.

An dem Stadthaushaltsplan für 1929, den jetzt die Stadtverordnetenversammlung in zweiter Beratung nochmals durchgeht, hat der Haushaltsausschuß geändert, was sich ändern ließ. Die Parteien wissen, daß weitere Änderungen von Belang nicht möglich sind, weil man Ausgaben nur machen kann, wenn die entsprechenden Einnahmen da sind. Aber Deutsch-nationale und Kommunisten dürfen die Haushaltsberatung nicht vorübergehen lassen, ohne im Hinblick auf die kommenden Gemeindevahlen sich den Wählern in empfehlende Erinnerung zu bringen. Sie tragen ihre Forderungen vor, um die Nicht-erfüllung in ihrer Verarbeit für die Wahlen ausschließen zu können. Die Redner der Kommunisten sagten das gestern ganz offen, indem sie immer wieder erklärten, sie hätten die Ablehnung ihrer Anträge voraus, aber gerade die möchten sie zeigen. Die Reden, die von den Kommunisten und Deutschnationalen gehalten wurden, waren Reden zum Fenster hinaus.

Die Versammlung beriet nur den aus dem Ausschuß zurück-gekommenen

Haushaltsplan für 1929.

Gegen den Beschluß des Kassen-Ausschusses, die Redezeit bei den einzelnen Kapiteln auf fünf Minuten zu beschränken, mit Ausnahme der größeren Abschnitte, wie Schulen, Wohlfahrt, Gesundheitspflege usw., protestierten Kommunisten und — Deutschnationalen. Stadtd. Göbel (Komm.) beantragte unbefristete Redezeit (bei den unzähligen Kapiteln und Abteilungen des Etats und bei den 185 — einhundertfünfundsiebzig — Anträgen, die dem Plenum vorliegen). Stadtd. v. Jedin (Dnat.) begann: Wir schließen uns den Kommunisten an! (Schallende Heiterkeit. Hört, hört! bei den Soz.) v. Jedin beantragte schließlich 20 Minuten Redezeit für den Umlagebeschluß, d. h. den Beschluß, wie die Steuern zu verteilen seien. Beide Anträge wurden gegen die Stimmen der Deutschnationalen und Kommunisten, die beide für beide Anträge stimmten, abgelehnt. Vorsteher Genosse Haß gab bekannt, daß die ersten Abstimmungen am kommenden Donnerstag 7 Uhr stattfinden.

Die Verhandlungen beginnen mit der Beratung des Kapitels Polizei. Der Kommunist Widniewski beantragte Streichung der 15 Millionen Mark und bezeichnete die Berliner Polizei als eine Bürgerkriegsarmee, wie die Ueberfälle der Schupos auf Arbeiter bewiesen. Stadtd. Mertens (Dnat.) erinnerte, daß der städtische Zuschuß zur Polizei Berlin gefälligst auferlegt sei, so daß eine Streichung ein Eingreifen der Justizbehörde zur Folge haben würde. Im übrigen gebühre der Polizei hohes Lob für ihre Wirksamkeit, es sei ihr gelungen, Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten, sie stehe treu zur Verfügung. Das alles sei nicht zuletzt das Verdienst von Männern, die aus der Arbeiterschaft hervorgegangen seien. — Beim Kapitel Siedlungs- und Wohnungswesen sagte Stadtd. v. Jedin (Dnat.) den baldigen „Vandalen der sozialistischen Wohnungspolitik“ voraus; dann werden Sie (zu den Soz.) dasitzen und werden zu uns kommen und um Hilfe bitten, nächste Herr v. Jedin. — Man lachte über ihn! — Die Städtische Oper bezeichnete Frau Hoffmann-Gwiner (Komm.) als ein Institut für die Bourgeoisie, für das die Stadt nur immer Zuschüsse leisten dürfe, ohne erheblichen Einfluß auf die geschäftliche und künstlerische Geschäftsführung zu haben. Die Kommunistin verlangte die Rückführung des Opernbetriebes in städtische Regie. Der Ausschuß forderte die Beendigung des Gasteingagementswesens bei der Städtischen Oper und die Rückkehr zur ständigen Ensemblebesetzung. Beim Kapitel Volks-, Mittel- und höhere Schulen polemisierte Stadtd. Menz (Komm.) gegen die Beschlüsse des Ausschusses. Er kündigte eine Anzahl Anträge seiner Fraktion an, sah aber die Ablehnung durch die „sozialistisch-bürgerliche Staatsmehrheit“ voraus. Im Gegensatz zu Menz bezeichnete der Demokrat Hilbrandt den Schuletat als zeitgemäß. Obwohl die Schülerzahl um 8000 gefallen ist, seien die Etatsausgaben gestiegen. Es sei doch nicht so, daß alle Schulen in finsternen, unmodernem Gebäuden untergebracht seien, Berlin hätte auch eine große Zahl moderner Schulhäuser, die nach Möglichkeit vermehrt würden. Stadtd. Widniewski (Komm.)

warf der Schulverwaltung, an deren Spitze ein Sozialdemokrat stehe, vor, für die bessere Unterbringung der Fachschulen nichts zu tun. Die Sozialdemokraten bemühten sich nicht einmal, die einschlägigen Bestimmungen der Verfassung in die Wirklichkeit umzusetzen. (Zuruf des deutschnationalen Stadtverordneten Timm: Er-widerung Widniewski: Das sind die Koalitionsgenossen der Sozialdemokraten!) Stadtschulrat Genosse Rydahl bewies dem kommunistischen Redner, daß die

Neubauten für Fachschulen

auf eine Vorlage des Magistrats und nicht auf einen Antrag der Kommunisten oder anderer Fraktionen zurückzuführen seien. Wenn die gegenwärtig in Ausführung befindlichen acht Fachschulbauten fertig sind, werde man sich wieder sprechen. (Bravo! bei den Soz.)

Alle Redner der kommunistischen Fraktion schlossen stereotyp mit den Worten: Wir wissen, daß die Sozialdemokraten unsere Anträge ablehnen werden; aber wir werden der Bevölkerung zeigen, wer etwas für sie tut! — Nun, wenn es aufs Antragstellen anlämt, ist allerdings die kommunistische Fraktion nicht zu schlagen. In demselben Atemzuge, wo sie die Anträge begründeten, lehnten sie den Etat ab!

Die weitere Beratung wurde auf Donnerstag vertagt.

Zweimal im Monat freier Eintritt in den Zoo?

In den letzten Haushaltsausschüßverhandlungen der Berliner Stadtverordnetenversammlung ist von neuem zur Sprache gekommen, ob es nicht möglich ist, der minderbemittelten Bevölkerung Berlins den Zoo zugänglich zu machen. Aus diesem Grunde soll der Magistrat noch einmal mit der Direktion des Zoologischen Gartens verhandeln, ob nicht zweimal im Monat an Sonntagen ermäßigte Eintrittskarten und zweimal sogar ein freier Eintritt sich ermöglichen ließe. Diese neuen Verhandlungen werden im Zusammenhang mit den Verhandlungen über den Zuschuß, den die Stadt Berlin dem Zoologischen Garten gewährt, geführt werden.

Entleerung der Schmelzwasserteiche



Die Schmelzwasserseen im Schöneberger Stadtpark werden durch diese primitiven Pumpanlagen entleert

Der falsche Michael Kohlhaas.

Sturm auf gegen Richter und Staatsanwalt.

Ein Landwirt und Kaufmann namens Speckmann beschimpfte Richter und Staatsanwalt so schwer, daß ihn das Schöffengericht Berlin-Mitte gestern wegen übler Nachrede und Beleidigung zu 500 Mark Geldstrafe verurteilte.

Der Straftat lag folgender Sachverhalt zugrunde: Speckmann und seinem Bruder hatte vor 20 Jahren der Vater ein Geschäft eingerichtet und überlassen. Durch Familienerwürnisse kam der Vater dazu, nach dem Tode diese Ueberlassung als ein Geschenk rückgängig zu machen, da er den Söhnen Unbarmherzigkeit vorwarf. Die Brüder stellten sich auf den Standpunkt, daß sie das Geschäft als Ausstattung erhalten hätten, die der Vater nicht zurücknehmen konnte. Aus diesem Streit erwuchsen mehrere Zivilprozesse, mit den Söhnen auf der einen und dem Vater und der Schwester auf der anderen Seite. Das Landgericht Landsherg gab nun in einem Verfahren dem Vater recht und wies den Erstattungsanspruch der Söhne ab. Diese Entscheidung stand im Gegensatz zu allen bisherigen Kammergerichtsurteilen und wurde auch später aufgehoben. Der eine Sohn Speckmanns griff in maßloser Wut zur Selbsthilfe. Er richtete an Kammergericht und Staatsanwaltschaft eine Unflamme von Eingaben, in denen er die Richter und den Staatsanwalt mit Verbalinjurierten wie „grünen Jungen“, „Strolchen“, „Lumpen“ und „Verbrechern, die für Sonnenburg reif sind“, bewarft. Außerdem behauptete er, daß die Richter Bestechungsummen erhalten hätten. Dem Staatsanwalt, der die Sache bearbeitete, warf Speckmann vor, daß er mit seiner Schwester befreundet wäre und ihn daher verfolge. Dieser Staatsanwalt hätte auch durch seine Bekanntschaft mit den Landberger Richtern das ungerechte Urteil gegen ihn veranlaßt.

Die Behörden achteten zunächst nicht auf Speckmanns beleidigende Verurteilungen; erst als sie sich vor Anwürfen nicht mehr retten konnten, stellten der Kammergerichtspräsident und der Generalstaatsanwalt Strafantrag. In der gestrigen Verhandlung bezeichnete ein Arzt den wegen Beleidigung oft vorbestraften Angeklagten als einen Quersulanten, der schon in Heilanstalten interniert war und mit der Verbissenheit eines märtischen Bauern zu unverantwortlichen Handlungen hingerissen wird.

Das Gericht erklärte, daß Speckmann wohl in Wahrnehmung berechtigter Interessen zu handeln glaube, aber viel zu weit über die zulässigen Grenzen hinausgegangen wäre.

Die Raumnot im Arbeitsgericht.

Das Arbeitsgericht ist seit seiner Gründung kümmerlich behandelt worden. In der Zimmerstraße hat es in einem Miets-haus völlig unzureichende Räume erhalten. Nach Annahme des Arbeitsgerichtsgesetzes wurde der Aufgabekreis noch größer, aber die Räume blieben die gleichen. Erst als es gar nicht mehr ging, als der Geschäftsgang darunter zu leiden hatte, daß zum Beispiel die Richter keine Beraterräume hatten, wurden in einem Nebenhaus und im Kunstgewerbemuseum in der Prinz-Albrecht-Straße Räume gemietet. Dadurch ist die Raumnot nur zum Teil beseitigt, aber der Geschäftsgang ungeheuer erschwert. Wenn in den Abteilungen in der Prinz-Albrecht-Straße einmal schwerere Entscheidungen zu fällen sind und der Richter in den Besprechungs-toren nachschlagen will, muß er erst einen Boten zu der im Hause Zimmerstraße liegenden Bibliothek schicken. Will er Akten einsehen, muß er in eine dritte Abteilung, die räumlich wieder getrennt von der Zentrale in der Zimmerstraße untergebracht ist, schicken. Aus den Kreisen des Publikums wird lebhaftes Klagel übergeführt, daß die Räume in der Hauptverwaltung, so die Klagenaufnahme, völlig unzureichend sind. Auch die Sitzungszimmer sind so klein, daß man praktisch von öffentlichen Verhandlungen nicht sprechen kann, weil außer den Klägern und Beklagten ebenfalls noch ein bis zwei Zeugen Platz haben. Da es ist schon vorgekommen, daß bei größeren Terminen ein Teil der Zeugen immer wieder auf den Flur geschickt werden mußte, weil kein Platz war. Auch Beratungskammern schlen bei einigen Kammern, will das Gericht beraten, dann muß eben alles, auch der Schreiber, den Raum verlassen und sich auf den Fluren herumdrücken. Auf Anträgen sozialdemokratischer Abgeordneter hat der preussische Justizminister versprochen, ein anderes Gebäude für das Arbeitsgericht freizumachen. Bisher ist noch nichts geschehen.

Der Aufruhr der schiefen Ealm

32]

Roman einer Revolution. Von Gerhart Hartmann Mostar

„Nebensache?“ Ihr Atem begann zu pfeifen. „Nebensache?“ Sie sprang jäh vom Fenster auf ihn zu und preßte ihm die gepreßte Hand über das Gesicht. „Lump!“

Trojekt wandte ein wenig, stand wieder, riß ihre Hand herunter, schleuderte sie fort. Er sah sie unter engen Brauen an: ihr Mund zog sich zu schmal, zu blutlos über die großen Zähne, ihr graues Kostüm hatte sich geöffnet, unter der dünnen Bluse zitterten ihre Brüste, von denen er wußte, daß sie alt geworden waren. Seine Mundwinkel zerrten sich schief.

„Danach,“ sagte er und preßte die Worte hart in der Kehle, „danach ist über den Fall nichts mehr zu sagen.“ Er stäubte imaginäre Flecken von seiner Uniform und wandte sich zur Tür.

Sie starrte ihn an, vornübergebeugt. Ihre Hand lag vor der Brust, ihr Mund stand offen, in ihren weiten Augen dunkelte Angst. „Heinrich!“ würgte sie heraus.

Trojekt wandte sich nicht um. Er war schon an der Tür. Sie rannte ihm nach, riß seinen Kopf zurück, schrie fast weinend: „Heinrich!“, küßte ihn auf den Mund, auf die Stirn, in das ganze Gesicht...

Angefekelt riß er sich los, wies nach draußen: „Nimm dich doch zusammen!“

Friederike trat zwischen ihn und die Tür und sank an ihm herunter. Ihre Arme schlossen sich in seinem Kreuz, daß sich sein Oberkörper schmerzvoll nach hinten bog. Sie wimmerte seinen Namen. Ihre Worte stießen sich wund am Gaumen:

„Heinrich, nun ist er doch tot. Nun ist doch der Weg frei. Für uns beide, Heinrich. Wir haben doch so lange gewartet. Auf uns. Auf die Nacht. Nun können wir doch — können wir doch beides haben. Ich habe dich doch mehr lieb als je. Wie du ja auch mich, nicht wahr, Heinrich, nicht wahr? Es ist doch so? Ja, ja! Nun brauchen wir ihn doch nur zu gehen, den Weg, unsern Weg. Du mußt ihn finden. Der Herzog ist

tot, nun herrscht der Ritter vom Pfuhl. Weißt du noch, Heinrich, du...“

Er hatte ihre Arme mit aller Anstrengung voneinander gelöst. Er sah sie an, wie man eine verdorbene Speise ansieht. Sie war ihm nur widerwärtig. „Daß das doch — wenn dich jemand hört!“ sagte er barsch. Sie sank erschöpft an seinen Knien herunter zur Erde. Er benutzte ihre Ermattung, öffnete die Tür, trat hinaus und schloß sie schnell.

Friederike stand mühsam auf und starrte die Tür an. In ihren Augen fleg trüb die Scham nach der Demütigung, glomm hell der Haß auf.

Trojekt ging draußen den Gang entlang. Seine Schritte waren ganz leicht, sein Atem holte die letzte Schwere aus der Brust. Er traf den Herrn von Alvensleben.

„Könnten Sie mir vor der offiziellen Audienz eine Aussprache mit Seiner Durchlaucht ermöglichen, Herr von Alvensleben? Ich würde das in beiderseitigem Interesse für ganz günstig halten.“

Seine Durchlaucht werden meines Erachtens schon jetzt für Sie zu sprechen sein. Fahren Sie ins Schloß. Meine Kalesche steht Ihnen zur Verfügung.“

Trojekt ging aus dem Hause. Der Dessauer trat zurück ins Prunkzimmer.

Dort war inzwischen in ziemlich genauem Verhältnis zum Weinkonsum auch die Stimmung für Anhalt-Bernburg gewachsen. Lediglich der Bürgermeister hatte sich der peinlichen Notwendigkeit einer Entscheidung für oder gegen die Autonomie durch schleuniges Einschlafen entzogen und blieb allen noch so energischen Bedenken gegenüber fest; indessen klangen auch seine Schnarchtöne wie tiefe, überzeugte Das, und man gab sich zufrieden. Als Alvensleben, der mit bemerkenswerter, lächelnder Ausdauer den stürmischen Lokal-patriotismus über sich hatte ergehen lassen, wieder hereinkam, war man gerade beim kraftvollen Absingen der anhalt-ber-nburgischen Nationalhymne angelangt — der Adjutant sah sich also zweifellos dem Höhepunkt der Stimmung gegenüber.

Zur Verblüffung der Bernburger stimmte er auch hier, mit genauester Melodie- und Textkenntnis, in die Strophen ein; das Erschauen des Chores war so groß, daß die helle, frische Stimme zuletzt ganz allein übrig blieb:

„Mag Treue rings und Glaube mahnen,
Sitzt überall der Trug der Färbanten,
Wir halten fest der Vöbe Band,
Denn du bist unser Vaterland!“

„Also proßt!“ rief er lustig in das verdatterte Schweigen hinein.

„Jetzt sa'n Se mich bloß ema,“ fragte aber Judenack, mühsam, „woher — woher kenn'n Sie denn das?“

„Nun, das singen wir hier in Dessau auch!“ Holzvoigt brummte der Schädel. „Wa — unsere Nation-hymne?“

„Freilich. Nur singen wir eben nicht „Anhalt-Bernburg“, sondern „Anhalt-Dessau“ ist unser Vaterland.“

Judenack wandte sich mit überzeugender Geste an die anderen. „Da sieht Ihr. Das han Se uns so schon je-kant!“ Er schlug bröhnend mit der Faust auf den Tisch, und seine Augen sahen den Dessauer an, als ob ihre Blicke es wären, die klirrten. „Amwer mehr jiwet's nich!“

„Erlauben Sie, meine Herren,“ lachte Alvensleben, „wir können Ihre Hymne aber wirklich nicht gut gestohlen haben. Weil sie nämlich — er machte eine Kunstpause — „vom Forstmeister Mahre aus Bärlich gedichtet und vom Konzert-meister Appel aus Dessau komponiert wurde. Der Herzog-liche Kammerlänger Krüger hat sie hier im Germaniagarten zum erstenmal öffentlich gesungen. Das war anno 31.“

„Woher wissen Sie'n das?“

„Aus der Schule.“

Holzvoigt schlug sich an den Kopf. „Dadrumme hat uns das unser Kanter so nich verzählt!“

Judenack sah es noch nicht: „Denn han mir je also je-kant?“

„Wenn Sie so wollen — ja.“

Langes Schweigen.

„Schade,“ ließ sich dann Judenack wieder vernehmen. „Nu kenn'n mir je nicht mehr singen. Un je war doch so scheene!“

„— wenn sie auch aus Dessau kam!“ Alvensleben hob sein Glas. „Aber trösten Sie sich. Wir werden alle das Lied weiterlingen können. Wir werden einfach singen: „Anhalt ist unser Vaterland.“ Das singt sich viel besser. Und wir haben dann auch ein größeres Vaterland. Hundertzwanzigtausend Einwohner!“

Ein abwehrendes Brummeln war die Antwort. Aber die richtige Stimmung zum kräftigen Widerspruch war verfliegen und blieb es auch, bis man zur Audienz aufbrach und, nachdem der Bürgermeister mühsam geweckt war, draußen die Herzoglichen Kutschen bestieg.

Ein dritter Wagen stand vor der Tür, ein Reisewagen. Eine einfach gekleidete Dame kam aus dem Gasthof und stieg rasch ein. Der Wagen fuhr ab.

(Fortsetzung folgt.)

Potsdamer Heiratschwindler. Arbeitslose Frauen und Mädchen betrogen.

Der Potsdamer Kriminalpolizei war es vor einigen Wochen gelungen, einen gemeingefährlichen Betrüger in der Person des 27-jährigen Kaufmanns Herbert Marzhaus, auch Bonse genannt, aus Magdeburg festzunehmen. Marzhaus hatte sich vor dem Potsdamer Schöffengericht wegen fortgesetzten Rückfallbetruges zu verantworten. Im September kam der Angeklagte nach Potsdam, bestellte bei zahlreichen Buchdruckereien Prospekte und Firmbogen für einen marktlichen Kleinerverbinder, dem er als Generalvertreter in Potsdam angeblich vorstand. Dieser Verband hatte den Zweck, Kreditkupon für Handel und Gewerbe zu gewähren. Der Mitglied werden wollte, mußte drei Mark zahlen. Später machte der Angeklagte einen noch größeren Schwindel auf. Er gründete eine sogenannte „Geschäftsstelle der marktlichen Bauernschaft“ für West- und Ostbavelland in Potsdam. Angeblich sollten zwei adlige Potsdamer Rechtsanwälte die Rechtsvertretungen führen. Aber nun kommt das Tollste. Marzhaus bestellte beim Arbeitsamt Romows eine größere Anzahl Frauen und Mädchen zur Arbeitsleistung für die marktliche Bauernschaft. Zahlreiche arbeitslose Frauen meldeten sich bei dem Angeklagten in Potsdam, und dieser schloß mit ihnen Verträge mit sogenannter Sicherheitsleistung ab, das heißt die Arbeitnehmer mußten Summen von 10 bis 150 Mark beibringen, was auch geschah. Mit einigen dieser armen Frauen knüpfte der Gauner Bekanntschaften an, versprach ihnen die Ehe, und die betörten Frauen nahmen ihr Legtes und gaben es dem Gauner. So, als dieser Mann, der durchaus kein reelles Neuthe befigt, bereits hinter Schloß und Riegel lag, liefen Liebesbriefe bei der Gefängnisverwaltung ein. Und zur heutigen Hauptverhandlung sah man einige verlassene „Bräute“ auf dem Korridor stehen. Der Angeklagte war voll geständig, so daß auf alle Zeugen verzichtet werden konnte. Der Staatsanwalt beantragte insgesamt zwei Jahre Zuchthaus, drei Jahre Ehrverlust und 1000 Mark Geldstrafe. Mit Rücksicht darauf, daß er voll geständig war und er durch die Reichsgläubigkeit der vielen Potsdamer Geschäftsleute und Frauen in seinen Betrügereien unterstützt wurde, ließ das Gericht mildernde Umstände werten und erkannte auf drei Jahre Gefängnis.

Kirchenaustritt und Kirchensteuer.

Da das Kirchensteuerjahr vom Kalenderjahr abweicht und vom 1. April bis zum 31. März läuft, sei nochmals ausdrücklich darauf hingewiesen, daß derjenige, der aus der Kirche austritt, für das laufende Steuerjahr noch Kirchensteuer zahlen muß, mindestens aber noch drei Monate nach dem Austritt. Wer also noch vor dem 1. April 1929 austritt, zahlt noch drei Monate, und wer erst nach dem 31. März 1929 austritt, noch bis zum 31. März 1930 Kirchensteuer. Sehr muß daher sofort der Austritt aus der Kirche erfolgen! Die Kirchenaustrittserklärung muß gegenüber dem Amtsgericht des Wohnortes, und zwar von jedem Gemeindeglied persönlich abgegeben werden. In Preußen müssen auch Kinder über 14 Jahre die Austrittserklärung persönlich abgeben. Für jüngere Kinder erfolgt die Erklärung durch die Eltern, nicht durch den Vater allein.

Die Austrittserklärung kann kostenlos auf dem Amtsgericht in den Geschäftsstunden gewöhnlich bis 13 Uhr mündlich abgegeben werden. Auch schriftliche Einreichung an das Amtsgericht ist zulässig. Aber die schriftliche Erklärung erfordert, daß die Unterfertigung von einem Notar beglaubigt wird. Eine Beglaubigung kann aber von einem Notar nur vorgenommen werden, wenn die Unterfertigung in seiner Gegenwart vorgenommen oder anerkannt wird. Wer also seine Kirchenaustrittserklärung schriftlich dem Gericht einreichen will, muß sich zu diesem Zweck von einem Notar in dessen Sprechstunde, die gewöhnlich nachmittags stattfindet, beglaubigen. Die Erklärung muß die Kirchengemeinde bezeichnen, aus welcher der Austritt erfolgt, und Geburtsort, Geburtsdatum und Adresse enthalten. Auf Wunsch wird eine fadengame Erklärung auch von dem amtierenden Notar entworfen und dem Amtsgericht eingereicht. Die Kosten sind verhältnismäßig gering.

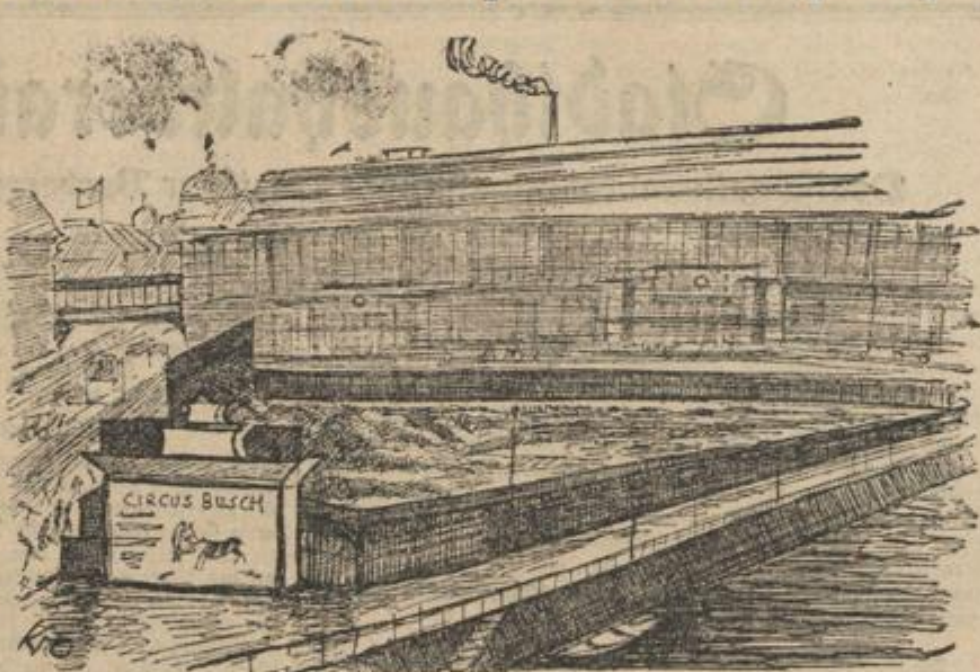
Um allen denen, die in den Vormittagsstunden nicht abkommen können, den Kirchenaustritt zu ermöglichen, stehen an den folgenden Stellen in den Abendstunden Notare zur Verfügung, die gegen die Mindestgebühr von 2 Mark die Kirchenaustrittserklärungen entgegennehmen. In jedem Falle empfiehlt es sich, den Austritt nicht bis zum Ende des Vierteljahres hinauszuführen, sondern ihn jetzt schon zu vollziehen. S. 29, Gneisenaustraße 41 — Freidenkhaus: nur noch Montags und Donnerstags von 7—8 Uhr abends (nicht mehr Dienstags und Freitags). — R. 65, Reinholdsdorfer Straße 118 u. 111, Montags, Dienstags, Donnerstags und Freitags von 6—7 Uhr abends — D. 17, Große Frankfurter Straße 141 u. 11 r., Dienstags und Freitags von 7—8 Uhr abends. — Charlottenburg, Rosinenstr. 41 (Jugendheim), Sonnabends von 5—6 Uhr nachmittags.

Kreditgemeinschaft Berliner Spezialgeschäfte.

Der wirtschaftlichen Baiste Rechnung tragend, haben sich vor kurzer Zeit auch eine Reihe erkrankter Berliner Spezialgeschäfte zu einer Kreditgemeinschaft zusammengeschlossen. Jeder Kunde erhält auf Wunsch die gefaule Ware auf Teilzahlung bis zu zwölf Monatsraten bei einer Mindestzahlung von 10 Proz. des Kaufpreises. An Zinsenverlust erheben die Firmen einen Aufschlag von 1 Proz. pro Monat. Der Verkauf auf Kredit erfolgt nicht etwa in einer geforderten Warenabteilung, sondern der Käufer wählt die Ware am Lager und gibt dann bei der Kasse an, daß er auf Kredit zu kaufen wünscht. Nach Ausfüllung eines Fragebogens, dessen

Der Schandfleck am Bahnhof Friedrichstraße

Der Vorplatz am Bahnhof Friedrichstraße, seit dem Tauwetter ein wahres Schlammparadies, das sich hinter einem öden Bretterzaun vor den Augen der Passanten verbirgt, ist durch die Verhandlungen, die die Berliner Verkehrs-A.G. über den Erwerb dieses Grundstücks führt, wieder in den Vordergrund des öffentlichen Interesses gerückt. Bekanntlich plante man ursprünglich den Bau eines Turmhauses, der von der „Turmhaus-A.G.“ durchgeführt werden sollte. Aber die Schwierigkeiten der Fundamentierung in dem morastigen Boden brachten diesen Plan zum Scheitern. Jahrelang diente dieses Gelände, auf dem früher die Repinier untergebracht war, als Kummelplatz; ein kürzlich eingebrachter Antrag in der Stadtverordnetenversammlung wünschte das bauliche Verschwinden dieses „Schandflecks“. Dadurch, daß die Verkehrs-A.G. in kurzer Zeit zur Besitzerin des Grundstücks wird, wird es möglich, die notwendige Beseitigung des zurzeit noch mitten auf der Straße liegenden Untergrundbahneinganges und die weiteren Verkehrsanlagen der Reichsbahn, die mit den Untergrundbahnen der Stadt in eine direkte Verbindung gebracht werden müssen, durchzuführen. Erst dann, wenn alle diese unterirdischen Anlagen der Stadt- und



der Reichsbahn den modernen Erfordernissen des Verkehrs entsprechend ausgestaltet sind, wird man sich durch neue Feststellung der Fluchtlinien über das weitere Schicksal dieses Geländes entscheiden.

Angaben auf raschestem Wege nachgeprüft werden, erhält dann der Kunde binnen wenigen Tagen die Ware zugestellt. Auf diese Weise hofft der Einzelhandel, der durch die schlechte Wirtschaftslage besonders stark getroffen wird, die Kaufkraft des Publikums zu stützen, seine eigene Leistungsfähigkeit in Qualitätsware erneut zu beweisen und den weitesten Kreisen zugänglich zu machen. In dieser Kreditgemeinschaft befinden sich u. a. folgende Firmen: Carl, F. B. Grünfeld, C. A. Herpin Söhne, Arnold Müller, Friedmann u. Weber, Hermann Gerson, Teppich-Barsch, Quantmeyer u. Eide usw.

Die schnellste Köchin.

Wettlochen der Berliner städtischen Gastwerke.

Im Hadeschen Hof, Rosenthaler Straße, ringen 20 hausfrau-liche Kochkorpse in schnellem Ritt und Häubchen am funkel-nagelneuen Gasherd um die Siegespalme des Bezirks Mitte. Es ist dies das vorletzte Bezirkswettlochen; am 4. April folgt dann das Ausschreibungswettlochen in der Philharmonie, aus dem die Besten der Besten, die Repräsentantinnen des rationellsten Kochtempo von Berlin — „Miß Gernang am Kochherd“ — als Siegerinnen hervorgehen.

Das Examen war wieder das gleiche wie in den übrigen Bezirken: Kaffeewasser, Erbsuppe mit Speck, Gulasch mit Gemüse und Kartoffeln, Kompott, Spülmittel und nochmal Kaffeewasser in kürzester Zeit bei parfümiertem Gasverbrauch (Schmacht) zuzubereiten und in Küchensunder — außer Konturtrieb — einen empfindlichen Kuchen zu backen. Vor zahlreichen und mit Argusaugen bewaffneten Auditorium stiegen die Kandidatinnen ins Examen, und bald erfüllten allerlei Wohlgewürche den Raum. Die Müßel spielte, das Blüßlicht der Photographen flammte auf, die Kontrolleurinnen gingen die Herdreihe entlang und Hunderte von Augenpaaren männlicher und weiblicher Zuschauer folgten mit. Da heißt es schon allerlei Ruhe bewahren und kein Lampenfieber kriegen. Es ging aber alles wie am Schnürchen, und nach einer guten Stunde standen 20 tiptop gefochte Menus und 20 knusprige Kuchen ebbereit. Als Erste kam Frau Martha Planz, Bernauerstraße 173, mit einer Kochzeit von 64 Minuten und einem Gasverbrauch von 427 Litern, als Zweite Frau Richnow, Reutbahn, Beyerstraße 149, Kochzeit 65 Minuten, Gasverbrauch 423 Liter und als Dritte Frau Olga Sippig, Marienstraße 8, Kochzeit 67 Minuten, Gasverbrauch 436 Liter, ans Ziel. Als ersten Preis gab es einen 3. Gasherd mit Bratofen und 40 Kubikmeter Freigas, als zweiten Preis denselben Gasherd mit Ziel. Als ersten Preis gab es einen 3. Gasherd mit Bratofen und 40 Kubikmeter Freigas. Die übrigen Teilnehmerinnen erhielten Trostpreise in Form von Kochern, Plättchen, Backformen und Freigas.

Am Totalisator — auf die Kochlegerinnen wird jedesmal durch Preisraten gewettet — kamen die drei ausgezeichneten Preise von 100, 80 und 60 Kubikmeter Freigas ebenfalls an drei Gewinnerinnen zur Verteilung.

Berliner Abendgymnasium. Anmeldungen für das neue Schuljahr werden ab 2. April werktäglich, außer Sonnabends, von 6 bis 7 Uhr abends in der Siegelstr. 12 entgegengenommen. Wer das Berliner Abendgymnasium besuchen will, muß das 18. Lebensjahr vollendet haben und berufstätig sein. Der Unterricht findet werktäglich, außer Sonnabends, von 7 bis 10 Uhr abends statt. Abgesehen von einer Halbjahrsgebühr von 10 M. ist der Unterricht unentgeltlich. Wirtschaftlich Schwachen werden auch die Lehrbücher kostenlos gestellt. Damen und Herren mit Volksschulbildung werden in die Obertertia aufgenommen; für die Aufnahme in eine höhere Klasse ist das Zeugnis einer öffentlichen höheren Behörde für diese Klasse erforderlich. Telefonische Anfragen bleiben unbeantwortet.

Wahnsinnstat im Krankenhaus.

Zwei 85-jährige von einem Geisteskranken ermordet.

Eine furchtbare Bluttat hat sich im Elbinger städtischen Krankenhaus abgespielt. Seit Mittwoch der vorigen Woche war der Schloffer Preusschoff zur Beobachtung seines Geisteszustandes im Krankenhaus untergebracht. Er verhielt sich sehr ruhig, so daß man ihn in einen Schlafraum zu anderen Leuten brachte. Von einem Kranken ließ er sich ein Rasiermesser, das er nach Gebrauch wieder zurückgab. Er muß dann aber genau aufgepaßt haben, wohn der Kranke das Rasiermesser steckte. Gegen 4 Uhr morgens holte er sich das Messer, begab sich in ein nebenan liegendes Einzelzimmer, in dem zwei 85-jährige Rentnempänger aus Elbing untergebracht waren, und schnitt beiden die Kehle durch. Einer von ihnen starb sofort, der andere einige Stunden später.

Hugenbergs Küchenrampel.

In der illustrierten Sonntagsbeilage des „Berliner Lokal-Anzeiger“, „Die Welte Welt“, findet sich in der letzten Nummer ein Aufsatz mit Bildern, der sich „Auf welchem Fuße leben Sie?“ betitelt. Ueber einer Photographie, die besonders ungraziöse Füße wiedergibt, steht: „Dies jedoch ist der betannte unökonomisch veranlagte Küchenrampel.“

Viele unserer Leser werden nicht wissen, was ein „Küchenrampel“ bedeutet. Es ist echt Hugenbergischer Leutnants- und Offiziersjargon und soll eine hausangestellte bezeichnen, die in sogenannten „herrschaftlichen“ Wohnungen für die Ordnung in der Küche und die Sauberkeit in den Zimmern sorgt. Da sie den Tag über schwer arbeitet, hat sie nicht die Zeit, auf die Pflege ihres Körpers so bedacht zu sein wie die „gnädige Frau“, deren Füße auf einem weiteren Bilde mit bewundernder Unterschrift dargestellt sind. Auf der anderen Seite freilich würde die hochherrschaftliche Wohnung ohne „Küchenrampel“ vielleicht einen Anblick bieten, der an Verlotterung nichts zu wünschen übrig ließe, und der gnädige Herr mit Frau Gemahlin müßte wahrscheinlich ein Mittagsmahl einnehmen, das mehr als ungenießbar wäre. Vergnügen, Nichtstun und Körperpflege für die Gnädige, Arbeit und herabsetzende Beschimpfungen für die Hausangestellte — das ist ein Stück Hugenbergischer Weltordnung!

Vielleicht aber merken sich die „Küchenrampel“, die heute noch den „Lokal-Anzeiger“ lesen, die Wertschätzung, die sie bei diesen Herren genießen!

Für die notleidenden Musiker.

Zugunsten der notleidenden, im Deutschen Musikerverband organisierten Musiker veranstalten die Orchester der drei Berliner Opern in Gemeinschaft mit dem Funk- und dem Sinfonie- (Blüthner)-Orchester am Sonntag, dem 24. März, in der Städtischen Oper Charlottenburg ein Wohlthätigkeitskonzert. Gespielt werden die Sinfonie pathétique von Tschai-kowski, Botans Abchied, gefungen von Kammerlänger Rohde-Rüchden und der Feuerzauber von Wagner und schließlich Tod und Verkürzung von Richard Strauß. Die Gesamtleitung hat Generalmusikdirektor Prof. Walter. Alle Mitwirkenden haben sich ungenüßig zur Verfügung gestellt. Das Konzert beginnt um 11½ Uhr. Karten zum Preise von 1,50 bis 10 M. sind an den Kassen der Opernhäuser und an den bekannten Stellen zu haben.



Ja, so backt eben nur Dr. Oetker's Backpulver „Backin“

Man muß sich vorstellen, daß seit mehr als 30 Jahren an der Vervollkommenung dieses einzigartigen Backpulvers gearbeitet wird. „Backin“ war schon vor 35 Jahren gut — und gerade deshalb war es doppelt schwer, es noch weiter zu verbessern. Unermüdliche Forscherarbeit und zahllose Versuche haben nun ein Endprodukt erbracht, von dem man sagen kann

es ist unvergleichlich!

Unsere deutschen Hausfrauen wissen es. Deshalb backen sie nur nach Oetker-Rezepten und sind damit vor Fehlschlägen bewahrt.

Eine Fülle von praktischen Back-Rezepten bieten „Dr. Oetker-Rezepte“ (Ausg. F (Preis 15 Pfg.) u. „Dr. Oetker's Schatz-Kochbuch“ (P. 20 Pfg.) zu haben in den Lebensmittelgeschäften; sonst geg. Vorauszahlung u. Marken bei Dr. August Oetker, Bielefeld. Im Berliner Hausfrauen-Verein kommt nur Dr. Oetker's Backpulver „Backin“ zur Verwendung.



KANG

Ans dem Riesenstrickwarenlager:

Wundervolles dreiteiliges
Strickcomplet
aus edlem Material, eine Spitzenleistung dieses Genres, in vielen Farben u. allen Größen vorrätig

39.-

Reinwollenes schönes
Strick-Kleid
mit und ohne Kragen, in prächtiger Ausföhrung, in allen Weiten

22.-

Original Wiener
Strick-Pullover
in vielen schönen Mustern

10.-

Aus unserer röhmlch bekannten Abteilung für

Kinder-Kleidung
nur zwei Beispiele unserer Leistungsfähigkeit:

Reizendes
Fest-Kleid
aus vorzüglichem Cröpe Caid, mit Falten-Röckchen, andersfarbig Paspel an den Ärmeln, Rocksaum, Täschchen, Kragen und fein gestickten Emblemen als Garnierung

ab Größe 60 **12.-** + 1.-

Praktischer u. kleidsamer
Frühjahrs-Mantel
aus gutem Stoff englischer Art, zweireihig mit doppelten Rückenfallen, Gürtel mit Schnalle, korrekt wie ein Mantel für Erwachsene gearbeitet

ab Größe 60 **16.-** + 1.50

MULTIWOCH Kinnung



Allen Müttern, die jemals für ihre Kinder bei uns gekauft haben, wird dieser Hinweis genügen, um sie wieder zu uns zu führen.

Die Kinder-Kleidung, die Sie bei uns bekommen, ist aber auch wirklich entzückend! Praktische und modische Forderungen sind hier in geschickter Weise vereint, und die Auswahl ist gewaltig, wie sich das bei uns gehört.

Und dann die Preise!

Sie werden glücklich sein über Ihren guten Kauf, und Sie werden es verstehen, daß man auch, wenn es sich um Kinder-Kleidung handelt, sagt:



Oranienstr.40 Chaumeerstr.113 Königstraße 33
Am Oranienplatz Beim Stettiner Bahnhof Am Bahnhof Alexanderplatz

Nachdruck von Wort und Bild verboten!

Achtung! Metallkartell! Achtung!

Freitag, den 22. März, abends 7 Uhr,
in der Hofbrauerei, Fildischstraße 2/3

Versammlung aller Vertrauenspersonen u. Betriebsratsdelegierten aus den Betrieben d. V.M.I.

Tagesordnung: Soll der Lohnstarf gekündigt werden?

Auftritt nur gegen Vorlegung der mit dem V.M.I.-Stempel versehenen Legitimationskarte und des Verbandsbuches eines dem Metallkartell angeschlossenen Betriebs.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Filiale Berlin

Donnerstag, den 21. März 1929, 19 Uhr
im großen Saal der Mollat-Fabrik, Berlin
Rauher-Bühnen-Straße 31

Allgemeine Funktionärerversammlung

(Funktionäre der Kammernarbeiter, Gas-, Wasser- und Elektrizitätsarbeiter.)

Tagesordnung:
Bericht über die Verhandlungen und die Verhandlungen
zu dem vorgeschlagenen Tarifvertrag
Zusatz haben nur Funktionäre unter Vorweisung ihres Mitgliedsbuches und der Ausweiskarte für das Jahr 1929.
Die Ortsverwaltung.

KLEINE ANZEIGEN

in der Gesamtauflage des 'Vorwärts' sind besonders wirksam und trotzdem

sehr billig!

Möbel

Patentmatratzen, 'Prinzipal', Metallbetten, Koffergematratten, Chaiselongues, Wälder, Storgarderoben, etc. etc. etc. Rein Kabin.

Arbeitskräfte, werke Arbeit und des Möbelbauers, große Auswahl, kleine Preise!

Schlafzimmer 425, Speisezimmer 445, Herrenzimmer 465, Kinderzimmer 485, Anrichtentische 75, Kleiderbügel 45, Holzschlitten 45, Chaiselongues 25, Metallbetten 15, Koffergematratten 15, etc. etc. etc.

Schlafzimmer 425, Speisezimmer 445, Herrenzimmer 465, Kinderzimmer 485, Anrichtentische 75, Kleiderbügel 45, Holzschlitten 45, Chaiselongues 25, Metallbetten 15, Koffergematratten 15, etc. etc. etc.

Schlafzimmer 425, Speisezimmer 445, Herrenzimmer 465, Kinderzimmer 485, Anrichtentische 75, Kleiderbügel 45, Holzschlitten 45, Chaiselongues 25, Metallbetten 15, Koffergematratten 15, etc. etc. etc.

Technische Privatschule

Diplom-Ingenieur Seifmader, Weidenhofstr. 118. Maschinenbau, Elektrotechnik, Gas- und Wasserversorgung, etc. etc. etc.

Stenographie, Maschinenschreiben, etc. etc. etc.

Stenographie, Maschinenschreiben, etc. etc. etc.

Stenographie, Maschinenschreiben, etc. etc. etc.

Stenographie, Maschinenschreiben, etc. etc. etc.

Vermietungen

Wohnungen

1 1/2 bis 4 1/2 Zimmer-Neubauwohnungen in Ostpreußen, etc. etc. etc.

Arbeitsmarkt

Stellenangebote

Schulienfänger Sohn republikanischer Eltern wird für leichte Hausarbeit und Potenganten gesucht. Eintritt der Stellung spätestens 1. April. Gehaltsföhrer 2000 Mark monatlich. Bei der Stellungsübernahme ist ein Nachweis über die Mitgliedschaft in der Arbeiterbewegung erforderlich. Bei der Stellungsübernahme ist ein Nachweis über die Mitgliedschaft in der Arbeiterbewegung erforderlich.

Schulienfänger Sohn republikanischer Eltern wird für leichte Hausarbeit und Potenganten gesucht. Eintritt der Stellung spätestens 1. April. Gehaltsföhrer 2000 Mark monatlich. Bei der Stellungsübernahme ist ein Nachweis über die Mitgliedschaft in der Arbeiterbewegung erforderlich. Bei der Stellungsübernahme ist ein Nachweis über die Mitgliedschaft in der Arbeiterbewegung erforderlich.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin

Todesanzeige

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unter Kollegen, der Kreisverband Georg Götze am 15. d. M. an Lebertreibe gestorben ist.

Die Beerdigung findet am Donnerstag den 21. März, 15 Uhr, im Krematorium Baumgartenweg statt.

Seine feinen Gedanken! Regte Beteiligung wird erwartet. Die Ortsverwaltung.

Im Sonntag, dem 17. März, nach 4 1/2 Uhr, entfiel nach kurzem, schwerem Leiden mein lieber Mann, unter lieber Vater, Schwiegerater und Epa Gottfried Deickert im 61. Lebensjahre.

Ziehung 22. März
Rote Kreuz-Geld-Lotterie
des Deutschen Frauenvereins
Provinzialverband Großherlin
5562 Geldgew. u. 2 Prämien aus
15000 M.
Hochstew. Hauptgew. und Prämien
8000 M.
5000 M.
2000 M.
1000 M.
Lose nur 50 Pf. Lose u. Porto
10 Lose sortiert aus versch. Teils.
In allen bekannten Verkaufsstellen.
Lud. Müller & Co.
Berlin SW 10, Jerusalemstr. 18

Verkäufe
Baukastenbau! Deutsches Lepidolhaus
Emil Osterfeldt seit 1882 nur Oranien
straße 134. Reizvolle Zeichnungen aus
deutscher Kunst. Man acht
auf Namen Emil.
Baukastenbau, schön gelegen, 950 M.
an kleine Wohnung, Park, Bad, etc.
Baukastenbau, 1150.
Baukastenbau, Oranienburg, schön
gelegen, 950 M. an kleine Wohnung,
Park, Oranienburg, Berliner Allee 134.

Radio
Kassen 2.30, Kassen 2.50, Sparschere
1.50, etc. etc. etc.
Fahrräder
Kassen 2.30, Kassen 2.50, Sparschere
1.50, etc. etc. etc.
Kaufgesuche
Kassen 2.30, Kassen 2.50, Sparschere
1.50, etc. etc. etc.
Unterricht
Kassen 2.30, Kassen 2.50, Sparschere
1.50, etc. etc. etc.

Radio
Kassen 2.30, Kassen 2.50, Sparschere
1.50, etc. etc. etc.
Fahrräder
Kassen 2.30, Kassen 2.50, Sparschere
1.50, etc. etc. etc.
Kaufgesuche
Kassen 2.30, Kassen 2.50, Sparschere
1.50, etc. etc. etc.
Unterricht
Kassen 2.30, Kassen 2.50, Sparschere
1.50, etc. etc. etc.

Statt besonderer Anzeige.
Heute früh starb nach kurzer, schwerer
Krankheit meine liebe Frau, unsere gute Mutter
und Schwiegermutter
Toni Lockenvitz
geb. Thesenvitz
im Alter von 49 Jahren.
In tiefer Trauer
Paul Lockenvitz
Hans Lockenvitz
Kurt Hofmeier u. Frau
Margarete, geb. Lockenvitz
Berlin-Frohnau, den 19. März 1929.
Dominkanerweg 1.
Trauerfeier im Trauerhause am Sonnabend,
dem 23. d. Mts., nachmittags 3 Uhr.
Beisetzung auf dem Friedhofe in Frohnau.
Von Beileidsbesuchen bitten wir abzusehen.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme
und Kranzspenden bei der Einäscherung meines
lieben Mannes
Robert Paage
sage ich allen, insbesondere dem Herrn Redner,
sowie allen Freunden und Bekannten auf diesem
Wege meinen herzlichsten Dank.
Witwe Emmy Paage und Kinder
seiner Angehörigen.
Swinemünder Str. 74

**Kassen, Verbänden
Fürsorgeämtern usw.**
wird in herrlich gelegenen Badeort
Mitteldeutschlands mit wertvollen
Heilquellen
Baugelände für Heilstätte
umsonst abgegeben und Vergünsti-
gungen gewährt. Offert unter
W. 18, Hauptexpedition des Vorwärts

**Durch die Post die besten Grüße,
Durch „Lebewohl“ — gesunde Füße!**
*) Gemeint ist natürlich das berühmte, von vielen Ärzten
empfohlene Hühneraugen-Lebewohl und Lebewohl-
Füßchen, das in jeder Apotheke, in jeder Schuh-
fabrik gegen empfindliche Füße und Fußschweiß, Schach-
tel (2 Bäder) 50 Pf., erhältlich in Apotheken und Drogerien.
Wenn Sie keine Enttäuschungen erleben wollen, verlangen
Sie ausdrücklich das echte Lebewohl in Blechdosen und
weisen andere, angeblich „ebenso gute“ Mittel zurück.

Falsche Argumente / falsche Zahlen.

Das Steuerprivileg der öffentlichen Betriebe.

Wir erhalten folgende Zuschrift, in der die Ergebnisse der Preisvergleiche zwischen öffentlichem, gemischtwirtschaftlichem und privatem Licht- und Kraftstrom besonders wichtig sind:

Von der Deutschen Volkspartei wird bei den gegenwärtigen Etablierungen immer wieder auf die Betriebe der öffentlichen Hand als auf eine nach nicht ausgenutzte Steuerquelle hingewiesen und kategorisch eine Beseitigung des Steuerprivilegs dieser Betriebe verlangt, bevor das Reich zu einer etwaigen Erhöhung schon bestehender Steuern oder Einführung neuer Steuern schreitet. Da neuerdings besonders heftige Angriffe gegen die öffentlichen Betriebe und ihre steuerliche Bevorzugung erhoben worden sind, ist bei der großen Bedeutung dieser Frage für die Allgemeinheit eine sachliche Untersuchung der gegen das Steuerprivileg vorgebrachten wichtigsten Argumente notwendig.

Das Gesetz hat die sogenannten öffentlichen Versorgungsbetriebe — das sind im wesentlichen die in kommunalem Besitz befindlichen Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerke — von der Vermögens-, Umsatz- und Körperschaftsteuer befreit. Diese steuerliche Bevorzugung der öffentlichen Versorgungsbetriebe wird mit den gemeinnützigen Aufgaben, die sie erfüllen, begründet. Der für ihre Verwaltung maßgebende Gesichtspunkt ist im Gegensatz zu den privaten Unternehmungen nicht das Gewinnstreben, sondern das Wohl der gesamten Bevölkerung. „Sie dienen“, wie der Gesetzgeber sich in der Begründung zum Entwurf eines Körperschaftsteuergesetzes vom 23. April 1925 ausgedrückt hat, „vor allem dem Gemeinwohl.“ Es ist bekannt, daß diese Versorgungsbetriebe vielfach öffentliche Gebäude, Schulen, Krankenhäuser, Museen und andere gemeinnützige Anstalten entweder kostenlos oder doch zu niedrigeren Preisen beliefern. Auch den privaten Verbrauchern geben sie Elektrizität, Gas und Wasser billig ab und wirken bei der großen Bedeutung dieser Produkte für die Befriedigung der alltäglichen Bedürfnisse günstig in sozial- und kulturpolitischer Hinsicht.

Unlautere Konkurrenz.

Von den Gegnern des Steuerprivilegs wird mit ganz besonderer Vorliebe behauptet, den öffentlichen Betrieben wäre dank ihrer steuerlichen Bevorzugung die Möglichkeit gegeben, den privaten Unternehmungen der gleichen Art eine unlautere Konkurrenz zu machen. Während die privaten Unternehmungen genötigt seien, ihre Steuerbelastung voll als Unkostenfaktor in der Kalkulation zu berücksichtigen, seien die öffentlichen infolge ihres Steuerprivilegs in der Lage, ihre Produkte billiger zu liefern und so ihre privaten Konkurrenten zu schädigen. Der Reichsfinanzhof, der auch dieses Argument sich zu eigen gemacht hat, glaubt aus diesem Grunde sogar von einer Treuperverletzung des Staates sprechen zu müssen (Entscheidung vom 25. September 1928, II A 283/28, amtl. Samml. Bd. 24).

Tatsächlich trifft aber dieser Vorwurf die Versorgungsbetriebe der öffentlichen Hand überhaupt nicht. Es ist nicht richtig, wie vielfach von privatwirtschaftlich interessierten Kreisen behauptet wird, daß die diesen Betrieben angegliederten Reparatur-, Installations- oder sonstige Nebenwerke von irgendwelchen Steuern befreit sind. Damit ist auch der ständige Hinweis darauf, das Steuerprivileg schädige die kleinen Händler und Handwerker und die moralische Entrüstung darüber völlig gegenstandslos.

Nur soweit die öffentlichen Versorgungsbetriebe ihre eigentliche Aufgabe erfüllen, d. h. die Bevölkerung mit Gas, Wasser und Elektrizität versorgen, genießen sie eine steuerliche Bevorzugung. Jedoch stehen sie in der Ausübung dieser Tätigkeit in keiner Konkurrenz mit privaten Unternehmungen. Es ist nicht richtig, daß in irgendeinem Versorgungsgebiet etwa zwei Elektrizitätswerke miteinander konkurrieren. Vielmehr beliefert jedes einzelne Werk sein Gebiet, und von einem Wettbewerb zweier Betriebe der gleichen Art kann keine Rede sein. Mit diesem Argument rennen die Gegner des Steuerprivilegs offene Türen ein.

Billiger oder teurer?

Wie unfaßlich und mit welcher Strupellosigkeit und dialektischer Spitzfindigkeit der Kampf gegen das Steuerprivileg der öffentlichen Versorgungsbetriebe geführt wird, zeigt die Tatsache, daß man ihnen einerseits ihre niedrigen Preise als unlauteren Wettbewerb vorwirft, und dabei andererseits gleichzeitig nachzuweisen sucht, daß die öffentlichen Versorgungsbetriebe für ihre Erzeugnisse höhere Preise verlangen als die pri-

vaten. Aus diesen angeblich höheren Preisen folgert man dann weiter, daß die Kommunen ihre Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerke ganz wie die privaten Unternehmer, ausschließlich auf das Gewinnstreben abgestellt hätten, und daß deshalb mit dem Verschwinden des gemeinnützigen Charakters dieser Betriebe ihr Steuerprivileg unberechtigt sei.

Auch diese Argumentation geht fehl, weil sie gleichfalls auf falschen Voraussetzungen aufgebaut ist. Man pflegt nämlich stets die Behauptung, die öffentlichen Betriebe seien teurer als die privaten, auf die Broschüre des Diplom-Ingenieurs Hans Ludewig: „Die Preisverhältnisse für elektrische Arbeit bei kommunalen und privaten bzw. gemischt-wirtschaftlichen Unternehmungen“ (Verlag: Springer, 1928) zu stützen. Dabei wird aber geflissentlich übersehen, daß Ludewig zugunsten der privaten Elektrizitätswerke vorgegangen ist und zu keinen Ergebnissen kommt, indem er falsche Zahlen methodisch falsch verarbeitet.

Bei der Ermittlung seiner angeblichen Durchschnittspreise geht er fälschlich davon aus, daß jeder Einwohner des Reiches die gleiche Licht- bzw. Kraftstrommenge konsumierte und verwendet dazu noch teilweise falsche Zahlen im Hinblick auf die Tarifränge der einzelnen Werke für eine Kilowattstunde. Die Ergebnisse sind deshalb selbstverständlich willkürlich und geben kein Bild von den wirklichen Preisverhältnissen. Tatsächlich versorgen die öffentlichen Betriebe die Bevölkerung nicht teurer, sondern bedeutend billiger als die privaten mit Elektrizität, Gas und Wasser.

Nach einer umfassenden und demnach auch zu veröffentlichenden Berechnung, und zwar unter voller Berücksichtigung der von Ludewig benutzten Unterlagen, besteht für die Licht- und Stromkosten zwischen kommunalen und gemischt-wirtschaftlichen Werken zu Gunsten der kommunalen eine Preisdifferenz von 1,6, zwischen kommunalen und privaten Werken sogar eine Differenz von 4,0 Pfennig. Die Kraftstunde der kommunalen Werke ist zwar um 1,8 Pfennig teurer als die der gemischtwirtschaftlichen, aber um volle 7,8 Pfennig billiger als die der privaten Werke. Dabei versorgen die öffentlichen Werke vielfach Gebiete, deren Aufschlüsselung für die Privatwirtschaft sich nicht genügend lohnt.

Es kann nicht bezweifelt werden, daß die etwaige Beseitigung des Steuerprivilegs infolge der kommunalen Finanzlage eine Erhöhung der Preise für die Erzeugnisse der öffentlichen Betriebe zur Folge haben müßte. Eine Erhöhung der Preise für Elektrizität, Gas und Wasser würde aber wie eine Verbrauchssteuer auf lebensnotwendigen Bedarf wirken, und im Interesse der kleinen Verbraucher darf eine so unsoziale Besteuerungsreform nicht gewährt werden.

Der wahre Grund

Für das Verlangen der Deutschen Volkspartei und der ihr nahestehenden Kreise auf Beseitigung des Steuerprivilegs der öffentlichen Versorgungsbetriebe, die übrigens dem Reich bestenfalls 50 Millionen brächte, liegt nicht in dem Wunsch nach Ausschaltung eines angeblich unlauteren Wettbewerbs, sondern ist vielmehr ausschließlich in der Expansionslust der privaten Unternehmer zu suchen. Das spricht recht offen in dem Artikel: „Entbehrlichkeit privatisierter öffentlicher Unternehmungen, insbesondere aus dem Gebiet der Elektrizitätsversorgung“ (Nr. 6 des „Bankarchivs“ vom 15. Dezember 1928) Herr Oberregierungsrat Dr. von Sillenthal aus, der ganz klar sagt:

„man müsse die deutsche Privatwirtschaft für die verlorenen Tätigkeitsgebiete auf dem Weltmarkt durch die Privatisierung und Einschränkung der öffentlichen Wirtschaft entschädigen.“

Er hält ein Gesetz für notwendig, „das in klarer und weitgehend einschränkender Weise das Recht der öffentlichen Hand, wirtschaftliche Unternehmungen zu betreiben, begrenzt“. Da liegt der Hase im Pfeffer! Dem Staat soll eine Politik, die zum Wohle der gesamten Bevölkerung mit den Versorgungsbetrieben verfolgt wird, unmöglich gemacht werden. Vielmehr sollen diese lebenswichtigen Bedarfsartikel produzierenden Monopolbetriebe reißend dem Privatkapital ausgeliefert werden, damit aus ihnen auf Kosten der Bevölkerung, insbesondere der ärmeren Schichten, Gewinne herausgeschlagen werden.

Diese starke Gemeinbildung auch bei der Gemeinschaftsgruppe seit dem Jahre 1925 muß deshalb hervorgehoben werden, weil sich die Geschäftsberichte der privaten Hypothekenbanken sehr darum zu bemühen scheinen, daß die Kraft des Kapitalmarktes auch durch gelegentliche Maßnahmen gestärkt wird. Man beschwört sich über die preussischen Anlagenvorschriften für die Sparkassen, über die Borenthaltung der Reichsmündelsicherheit gegenüber den privaten Hypothekeninstituten und über die bisherige Aufrechterhaltung der Kapitalertragssteuer. Man gähnt sich auch nicht, die öffentlichen Kreditinstitute und ihre Pfandbriefe bzw. die Staatsanleihen in den Augen der Pfandbrief- und Anleihekäufer schlecht zu machen, um den Anspruch auf die Reichsmündelsicherheit zu begründen.

Das mag alles im Geschäftsinteresse der privaten Hypothekenbanken zweckmäßig sein. Die gesamtwirtschaftliche Kapitalbildung und Kapitalmenge, auch der Kapitalzins würden aber durch die Erfüllung solcher Wünsche keineswegs günstiger werden. Wir glauben vielmehr, daß die privaten Hypothekenbanken selbst der Gesamtwirtschaft einen sehr guten Dienst leisten könnten, wenn sie bei der Häufung von offenen und stillen Reserven, die heute in acht- bis zehnmal so schnellem Tempo erfolgt als in der Vorkriegszeit, etwas größere Zurückhaltung üben würden.

Es ist außerdem auch für die Gesamtwirtschaft kein Vorteil, wenn ein Hypothekenbankentzern, wie die Gruppe deutscher Hypothekenbanken, bei einem Kapital von nur 60 Millionen und nur etwas mehr als 50 Proz. des Vorkriegsgeschäfts einen Stab von Direktoren und Aufsichtsräten hält, der mit bald 100 Köpfen ein unheimliches Geld verschlingt. Zinsverbilligung und Sparsamkeit in der Verwaltung wären zweckmäßiger als die ewig dauernde Kritik nach außen und die recht hässliche Bekämpfung der öffentlichen Bankentzern. Die einmal billiger arbeitet und zum anderen ihre Beiträge der Volkswirtschaft unerschützt wieder zur Verfügung stellt.

Noch recht gespannter Geldmarkt.

Aber kein Grund zur Diskonterhöhung.

Die Reichsbank hat ihren Wochenanweis zum 15. März veröffentlicht. Sie weist einen geringen Rückgang der Wechselbestände um 84,2 auf 715,2 Millionen aus, eine beträchtliche — zur Monatsmitte sogar ungewöhnliche Abnahme der Lombarddarlehen um 94,8 auf 59,0 Millionen und einen Rückgang der Bestände an Reichsschatzscheinen um 16,1 auf 5 Millionen. Die fremden Gelder auf Girokonto sind um 54,4 auf 448,5 Millionen zurückgegangen. Der Abbau der Reichsbankkredite vom Februarende bis zum 15. März mit weniger als der Hälfte des Betrages von über 700 Millionen also noch recht gering. Es ergibt sich daraus, daß die Anspannung auf dem inländischen Geldmarkt ziemlich groß geblieben ist. Ueber die Ursachen haben wir schon gesprochen; es sind der Abfluß kurzfristiger ausländischer Gelder nach London und New York, der starke Kassenbedarf des Reiches und schließlich sehr wahrscheinlich schon jetzt die Vorbereitung auf das Märzende, von dem alle Welt erwartet, daß es sehr schwer sein wird.

Der Rotennumlauf verringerte sich um 171,9 auf 4165,8 Millionen, derjenige an Rentenbankscheinen um 3,5 auf 473,4 Millionen.

Starke Veränderungen zeigen sich bei den Geldbeständen und den bedienungsfähigen Devisen. Bei den Geldbeständen ist die Veränderung ohne eigentliche Wirkung auf den tatsächlichen Goldvorrat der Reichsbank. Die Reichsbank hat 36 Millionen Mark nach New York gegeben, sie aber dort nicht verkauft, sondern nur für die Reichsbank selbst deponiert. Der Rückgang der Geldbestände der Reichsbank auf 2464,9 Millionen ist also kein tatsächlicher, sondern nur ein buchmäßiger. Dagegen sind die bedienungsfähigen Devisen tatsächlich um 60,2 auf 67,8 Millionen zurückgegangen, was wahrscheinlich mit dem Abzug ausländischer Kredite zusammenhängt, die ja größtenteils in ausländischer Währung zurückgezahlt werden müssen.

Dieährungs- und Kreditlage der Reichsbank ist aber nach wie vor gut, so daß zumindest bisher von irgendeiner Notwendigkeit, durch Diskonterhöhung die Devisen- oder Goldbestände der Reichsbank zu schützen, nicht gesprochen zu werden braucht. Die Golddeckung der Noten hat sich nach 61,8 auf 63,3, die Notendeckung durch Gold und Devisen zusammen von 64,8 auf 65,2 Proz. erhöht. Das ist immer noch ein Deckungsreford, der eine sehr beträchtliche Spanne zur Gewährung neuer Kredite ohne Diskonterhöhung auch dann offen läßt, wenn das beginnende Frühjahrsgeschäft für die Wirtschaft neue Reichsbankkredite verlangt.

Zwei Großbanken der Provinz.

Auch hier starke Ausbeutung des Personals.

Die Allgemeine Deutsche Creditanstalt in Leipzig ist eine der wichtigsten großen Banken außerhalb Berlins und die Hauptbank der sächsischen Industrie. Ähnlich wie bei den Berliner Großbanken erfolgte 1928 eine starke Ausweitung der fremden Gelder, und zwar von 294 auf 364 Millionen Mark. Die gute Konjunktur von 1928 hat auch bei der ADA, den Großteil der neuen fremden Gelder hauptsächlich in Borschüssen auf schwimmende und lagernde Waren (Exportkreditierung!) der Wirtschaft wieder zugeführt. Die ausgewiesenen Gewinne sind von 2,2 auf 22,2 um rund eine Million Mark erhöht. Wie im Vorjahr beträgt die Dividende auf das im Jahre 1927 von 26 auf 40 Millionen erhöhte Kapital wieder 10 Proz.

Die Inanspruchnahme des Personals scheint auch hier aus dem psychologischen Abbaudruck der letzten Jahre, der über dem Personal liegt, Vorteile gezogen zu haben. Seit 1926 ist der Umlauf von 15,9 auf 24,5 Milliarden, die Bilanzsumme von 269 auf 442 Millionen gestiegen. Gehälter und Unkosten sowie der Aufwand für Wohlfahrtsanstalten, Beamteneinrichtungen und soziale Lasten haben sich gegen 1926 aber nur sehr geringfügig, nämlich von 15,20 auf 15,78 Millionen erhöht. Mit bestenfalls dem gleichen Personal bei gleichzeitig stark vermehrten Maschinenkosten wurde also eine um kaum weniger als 60 Proz. erhöhte Arbeitslast bewältigt, ohne daß die Gesamtkosten um mehr als 3 Proz. stiegen.

Ein ähnliches Bild zeigt die Süddeutsche Disconto-Gesellschaft in Mannheim, die von der Disconto-Bank Berlin beherrschte provinzielle Großbank der süddeutschen Ecke. Die Bilanzsumme stieg von 206 auf 248 Millionen, die Einnahmen sind mit 10,14 gegen 10,12 Millionen etwas höher ausgewiesen, der Reingewinn mit 2,16 gegen 2,13 Millionen ebenfalls. Trotz der erheblichen Ausdehnung der Geschäfte sind die Gesamtkosten (einschließlich der Tantiemen) sogar von 6,89 auf 6,86 Millionen gesunken!

Wieder 8 Prozent Horch-Dividende.

Steigende Umsätze. — Erhöhte Gewinne.

Der Aufsichtsrat der Horch-Automobilwerke A.-G. in Zwickau hat die Dividende für 1928 wieder auf 8 Proz. festgelegt. Die Aktionärsgehälter erfordern jedoch diesmal fast das Doppelte der vorjährigen Dividendensumme, nämlich 400.000 gegen 230.000 M., da 1928 das auf 5 Millionen erhöhte Kapital erstmalig voll zu verzinsen ist.

Der Fabrikationsgewinn ist um mehr als 50 Proz. auf rund 3,9 Millionen gestiegen, die Abschreibungen sind um fast 170 Proz. auf 0,55 Millionen heraufgesetzt und trotz dieser starken Kürzung konnte der Reingewinn mit 516.000 M. weit mehr als verdoppelt werden. Einschließlich der Abschreibungen hat das Unternehmen mehr als 27 Proz. ihres erhöhten Kapitals verdient. Die Umsätze sind gegenüber dem schon sehr guten Betriebsjahr 1927 erheblich gestiegen und hatten schon in den ersten neun Monaten den Gesamtumsatz des Vorjahres überschritten. Der Geschäftsbericht steht noch aus.

Die hannoversche Bodenkreditbank A.-G., die von den freien Gewerkschaften über die Arbeiterbank bekanntlich beherrscht wird, hat in ihrer Generalversammlung die von uns vor einigen Wochen besprochene Bilanz und die norgelagerte Dividende von 12 Proz. genehmigt. An Stelle des ausgeschiedenen Aufsichtsratsmitgliedes Direktor E. Cöhler-Berlin wurde Genosse M. d. R. Schumann vom Verkehrsband gewählt.

Neuer Glanzabstrich im Mitteldeutschen Maschinenbau. Der große Magdeburger Maschinenbauern Wolf-Budau weist für das Betriebsjahr 1928 einen verdoppelten Reingewinn in Höhe von 1,4 Millionen Mark aus. Die Dividende wird wieder auf 10 Proz. festgelegt, erfordert jedoch diesmal auf das erhöhte Kapital von 12 Millionen die doppelte Summe gegenüber dem Vorjahr. Nach Berücksichtigung des Geschäftserfolges kommen wir auf den Abschluß noch zurück.

Gewinne auf Luthersruh.

Zum Abschluß der Gemeinschaftsgruppe deutscher Hypothekenbanken.

Die Gemeinschaftsgruppe deutscher Hypothekenbanken, in der acht private Hypothekenbanken von einer Gemeinschaftsdirection verwaltet werden, die kürzlich auch den Reichsanwalt a. D. und Reichs-ernehmer Dr. Luther bei sich engagiert hat, hat, wie alle Hypothekenbanken, ihre Geschäftsjahre 1928 fertig erarbeitet. Keine Hypothekendarlehen und Kommunalanleihen wurden für 261 Millionen gewährt, der Umlauf von neuen Pfandbriefen und Kommunal-schuldverschreibungen hat sich um 240 Millionen erhöht. Die liquidierten Papiermarkhypotheken eingerechnet, ergab sich eine Steigerung aller Darlehen von 879 auf 1378 Millionen und eine Steigerung des Pfandbrief- und Schuldverschreibungsumlaufs von 841 auf 1324 Millionen. Gegenüber dem Darlehensbestand von 2469 Millionen im Jahre 1913 sind heute also erheblich mehr als 50 Proz. des Vorkriegsdarlehensstandes erreicht.

Das neue Geschäft brachte erheblich neue Gewinne. Es wird (ohne stille Reserven) eine Steigerung des Reingewinns von 7,54 auf 10,11 Millionen ausgewiesen, aus der jede der acht Banken auf das von 55,2 auf 60,2 Millionen insgesamt erhöhte Aktienkapital ihre Dividende gegenüber dem Vorjahr von 9 auf 10 Proz. erhöht. Ab 1. Januar 1929 werden die um 3,2 auf 25,2 Millionen erhöhten offenen Reserven über 40 Proz. des gesamten Aktienkapitals betragen. Von diesen 25,2 Millionen offenen Reserven sind rund 20 Millionen seit Ende 1925 aus den Gewinnen zurückgestellt worden.

Außerordentlich beträchtlich scheinen die stillen Reserven zu sein. Es wird zwar kein Wort darüber verloren, aber man kann annehmen, daß in den 20,15 Millionen Mark Kreditoren (bei nur 6,18 Millionen Debitoren) mindestens 20 Millionen Mark stille Reserven enthalten sind.

Beamtendebatte im Reichstag.

Der Nachtragsetat angenommen.

Der Reichstag hat am Dienstag nach debattenloser Verabschiedung einer Änderung des Gesetzes über den Verkehr mit Milch die Beratung des Nachtragsetats fortgesetzt.

Abg. Morath (D. Sp.): Herr Lorgler hat die Oppositionsforderungen der Sozialdemokratie ihrer Nichterfüllung durch diese Regierungspartei gegenübergestellt. Herr Lorgler wird freilich kaum in diese Lage kommen. Die Länge der Reichstagsreden über Beamtenfragen steht außer Verhältnis zu ihrem Erfolg. Endlich ist die Senzationsmeldung von einer Kürzung der Beamtengehälter für dementiert worden; eine Reichstagsmehrheit dafür hätte sich allerdings nicht gefunden.

Abg. Steinkopf (Soz.):

Der deutschnationale Abg. Schmidt-Stettin hat behauptet, wir hätten Agitationsanträge zur Befolgsordnung gestellt, den Beweis dafür ist er trotz meiner Aufforderung schuldig geblieben. Die Behauptung selbst wird durch einen Artikel des Abg. Morath widerlegt. Wir sind immer für gerechte Verbesserungen der Beamten eingetreten, aber stets im Rahmen des Rechts der Allgemeinheit. Wenn aber der deutschnationale Finanzminister es sich beliebt, bei seinen gefüllten Kassen auch an die Beamten gedacht hätte, wären ihnen die unangenehmen Erscheinungen nachher bei der Befolgsordnung erspart geblieben.

Überall im Lande sind die Landbündler, die Parteifreunde der Deutschnationalen, gegen die Beamten aufgetreten.

Herr Schmidt-Stettin hat einmal geschrieben, er wolle nicht mehr die Beamten der Vorkriegszeit mit den abgeschworenen Ellenbogen sehen. Wir wollen die Beamten so stellen, daß sie sich rechtzeitig neue Kleider kaufen können. Unwahr ist auch, daß der § 22 auf meinen Antrag gestrichen worden wäre. Schmidt-Stettin weiß das alles, scheut sich aber, es vor der Öffentlichkeit zuzugeben. Ich bedaure, daß Preußen höhere Aufwandsentschädigungen eingeführt hat, dieselben Deutschnationalen aber, die dagegen reden, haben hier im Reichstag nicht für die Herabsetzung der erhöhten Ministerialzulagen gestimmt; ihr ganzes Verhalten ist von Agitationsrücksichten bestimmt. Bei Herrn Lorgler bewundere ich die Verantwortungslosigkeit, mit der er hier auftritt. Es sind doch in der kommunistischen Partei noch einige organisierte Arbeiter; lassen diese zu, daß Sie hier große Zulagen für die Beamten beantragen bei der jetzigen Finanzlage, die die Gewährung ausschließt? Entweder sind die kommunistischen Arbeiter über das Auftreten des Herrn Lorgler im Reichstag nicht unterrichtet, oder sie nehmen ihn nicht ernst! Im Untersuchungsausschuß hat Herr Lorgler wiederholt seine Papiere zusammengepackt und erklärt, nicht mehr mitzukommen. In der nächsten Sitzung war er allerdings wieder da. Daß Herr Lorgler mich als Berichterstatter des Ausschusses lächerlich zu machen versucht hat, ist geschildert worden und eine Unanständigkeit dieses Herrn, der positive Arbeit im Parlament noch nicht geleistet hat. (Beif. Zustimmung bei den Soz., Rüge des Präsidenten wegen der „Unanständigkeit“).

Abg. Dr. Gertrud Bäumer (Dem.): Die Rindbarkeit der weiblichen Beamten, eine verfassungswidrige Bestimmung, ist leider in das mittelmäßige Beamtengehalt übernommen worden. Der vom Zentrum vorgelegte Entwurf verlängert den Zustand, daß eine Beamtin entlassen werden kann, wenn sie heiratet. Das lehnen wir ab.

Abg. Frau Hertwig-Bürger (D. Sp.): Der Artikel 14 der Abbaumerordnung (Kündigungsmöglichkeit für verheiratete Beamtinnen) ist vom Reichsgericht wiederholt als verfassungswidrig bezeichnet worden; er kann die Folgen haben, daß Beamtinnen auf die Eheverheißung verzichten und sich mit einem außerordentlichen Verhältnis begnügen.

Abg. Dr. Feld (Radik.): Warum dementieren die vom „Süddeutschen“ als Anreger einer Gehaltssteigerung genannten Zentrumsgesandten nicht hier persönlich? Es wird schon etwas Wahres daran sein! Man sehe doch die Gehälter der Minister in ein richtiges Verhältnis zu ihren Leistungen. (Zurufe links: Ihre Pension und Ihre Diäten auch!) Pensionszahlung an parlamentarische Minister ist großer Unfug. Fangen Sie mit dem Sporen bei den Großpensionären an!

Wir sind nicht Demagogen genug...

(Große Heiterkeit.) Eine so heruntergekommene Republik braucht nicht zu repräsentieren. Streifenman mag seine Socarno-Brüder in einem solchen Zimmer empfangen. Parker Gilbert hat seinen Eindruck, daß es dem deutschen Volk gut gehe, in der herrschenden Berliner öffentlichen Gesellschaft gewonnen. Herr Köhler hat seine Ministerwohnung mit 50 000 Mark Staatsgeldern und eigenmächtig ausgegebenen 45 000 Mark herrichten lassen, ehe er einzog.

Abg. v. Sybel (Christlichnat. Bauernp.): Wir wenden uns gegen die fortwährende Aufblähung des Beamtenkörpers infolge der parlamentarischen Bewilligung von immer neuen Aufgaben und Ausgaben. Dieser Zustand ist für die Wirtschaft unerträglich. Es muß ein Wandel eintreten und die Landwirtschaft mehr gefördert werden, dann kann sie auch mehr zahlen.

Abg. Schmidt-Stettin (Dnat.) erwidert dem Abg. Steinkopf: Es ist richtig, daß Sie keinen Antrag auf Gehaltssteigerung für Unterbeamte gestellt haben. Als wir registriert, hat Preußen uns immer gemacht, nur nicht zu hoch zu gehen mit der Beamtenhefephone. Die Sozialdemokraten haben für die Befolgsordnung gestimmt, aber die sozialdemokratische „Abg. D. Beamtensyn.“ hat die Befolgsordnung heruntergerissen. Heute schmeißt sie sich aus.

Abg. Zalkenberg (Soz.):

Als ich in der ersten Sitzung des Nachtragsetats sprach, meinte Herr Lorgler, er müsse mich warnen, diese Rede etwa in einer Beamtenversammlung zu halten. Mit der demagogischen Methode der Kommunisten, unerfüllbare Ansprüche zu stellen, wird man bei den Beamten keinen dauernden Erfolg haben. Sie scheinen Gewerkschaftspolitik mit Parteipolitik zu verwechseln. Ich erinnere Sie daran, daß bei der ersten Sitzung der Beamtenbefolgsordnung im Ausschuß wir beantragt haben, Ämtern, die Sekretariatsdienste leisten, von der Gruppe 8a in die Gruppe 7 zu befördern. Das ist abgelehnt worden, ebenso in der zweiten Sitzung ein ganz ähnlicher Antrag von uns. Sie können doch unserer Partei nicht vorwerfen, daß wir nicht alles versucht hätten, um herauszubekommen, was möglich war. Angenommen wurde allerdings anstatt unserer Anträge eine Entschädigung, wonach im Etat die Möglichkeit geschaffen werden sollte, derartige Beamte von 8a nach 7 zu befördern, und zwar nach Maßgabe des tatsächlichen Bedürfnisses. Die damalige Bürgerblockmehrheit hat also weit weniger getan, als unsere Anträge verlangten. Wir tragen dafür nicht die Verantwortung. Mit den Angriffen auf Abg. Steinkopf, der stets die moderne Entwürdigung vertreten hat, die Sie (nach rechts) politisch kommen verschlafen haben, werden Sie die Beamten nicht täuschen. Die kennen Sie heute gut genug. Herr Lorgler braucht auch nicht immer so zu tun, als ob er immer die Welt neu entdecken würde. Vor einiger Zeit stand er mir in einer Gewerkschaftsversammlung gegenüber. Positive Vorschläge hat er nicht gemacht, sondern nur gesagt, es müsse ein wirklicher Stolz der Beamtenenschaft entzündet werden. Mit derartigen Phrasen erreichen Sie doch nichts. (Zurufe der Sozialisten.) Das war gerade 14 Tage, nachdem Sie mit Ihrem Volksbegehren so heruntergeritten waren. Auf dem Weg demagogischer Forderungen kann nichts erreicht werden. Der Rechten sollte ich vor, daß

weder Arbeiterlohnpolitik noch Beamtenpolitik im luftleeren Raum gemacht werden kann.

Wer den Beamten nützen will, muß auch für gerechte Arbeiterforderungen eintreten. Herr Sybel hat eine rücksichtslose Rückwärtsbewegung der Beamtenbefolgsordnung verlangt, im gleichen Atemzug aber bessere Bezahlung der Beamten; Ihre Praxis zeigt aber der Sturm auf die Finanzämter des flachen Landes. Herr Fried bemerkt sich mit keinen Vorwürfen gegen uns auch im fallenden Gleise; wir mühten die Liquidatoren werden, als der kaiserliche Staat rettungslos zusammenbrach. (Beif. Zustimmung links.)

Abg. Erling (Z.): Ich stelle fest, daß an der Reduktion des „Süddeutschen“ über einen Gehaltssteigerungsvorschlag, den Steigewald und ich gemacht haben sollen, kein wahres Wort ist; dieses Blatt sollte entweder seine falsche Behauptung zurück-

nehmen oder seinen Gewährsmann nennen. Sonst stellt es sich auf einen Boden, den anständige Menschen nicht beschreiten können.

Der Nachtragsetat wird unter Ablehnung zahlreicher Anträge in der Ausschussfassung angenommen. Dem Ausschuß überwiesen wird ein Gesetzentwurf des Zentrums zur Frage der weiblichen Beamten. Angenommen wird ein sozialdemokratischer Antrag auf Wiederaufnahme der Verhandlungen über die Reichsarbeiterlöhne.

Ohne erste Sitzung wird dem Haushaltsausschuß ein Regierungsentwurf überwiesen, monach zur

Sanierung und Fortführung der Schichau-Werke in Elbing und Danzig

eine Aktiengesellschaft gegründet und ihr ein einmaliger Barbetrag von 14 000 000 M. erforderlichfalls auch ein laufender Zuschuß gewährt werden soll, der im ersten Geschäftsjahr bis zu 2,34 Millionen Mark betragen darf.

Mittwoch, 3 Uhr: Rotelet. — Schluß 16 Uhr.

Im Bericht über die Freitagssitzung ist dem Abg. Scheidemann ein Zwischenruf zugeschrieben, den Abg. Lubowicz gemacht hat; dies sei hiermit berichtigt.

Landesverrat und Strafrecht.

Neue Verhandlungen im Strafrechtsausschuß.

Der Strafrechtsausschuß des Reichstags begann heute die Beratung der Bestimmungen über Landesverrat. Den Verhandlungen wurden die bereits veröffentlichten neuen Vorschläge des Justizministers noch zugrunde gelegt.

Abg. Dr. Bell (Z.) erstattete den Bericht über diesen Abschnitt: Die Vorschriften über den Landesverrat gehören zu denjenigen Rechtstapiteln, die bei der Öffentlichkeit das stärkste Interesse gefunden haben, zugleich aber auch im Anschluß an die Rechtsprechung zum Gegenstand überaus scharfer Kritik in der Tagespresse wie in den Fachzeitschriften gemacht worden sind. Vergewaltigt man sich die sicherlich höchst unerfreuliche Tatsache, daß nach der Statistik die Zahl der Landesverratsprozesse in Deutschland und besonders auch die Zahl der Verurteilungen wegen Landesverrats sich gegenüber der Vorkriegszeit in einem außerordentlichen Ausmaß gesteigert hat, so wird gerechte Kritik dabei an der Tatsache nicht vorübergehen dürfen, daß wir während einer Reihe von Jahren der Nachkriegszeit unter ungewöhnlichen und anormalen politischen Gesamtsituationen gelebt haben. Die in den letzten Jahren einsetzenden ruhigen Verhältnisse haben sich auch in der Rechtsprechung bemerkbar gemacht. Es darf der bestimmten Erwartung Ausdruck gegeben werden, daß die Rückkehr zu geordneten und normalen Verhältnissen die ständige und erhebliche Abnahme der Prozesse wegen Landesverrats zur Folge haben wird, so daß wir dann für die Zukunft höchstens noch mit dem vorkriegszeitlichen Stande zu rechnen haben werden. Der Entwurf, dessen einschlägige Vorschriften über Landesverrat bereits vor Jahren entworfen wurden, stand begrifflichermasse noch stark unter dem Einfluß der damals herrschenden anormalen Verhältnisse. Seine menschenliche Umgestaltung erscheint daher um so mehr geboten, als das in seiner Geltungsdauer

auf viele Jahrzehnte berechnete neue Strafrechtbuch

nicht den vorübergehenden anormalen Zeitabschnitt, sondern die gefunden und normalen Zeitverhältnisse zugrunde zu legen hat. Diesem Grundgedanken trägt die neue Vorlage Rechnung, die das Ergebnis eingehender Beratungen zwischen Ausschussmitgliedern mehrerer Parteien und der Reichsregierung nach sorgfältiger Durchsicht aller in der öffentlichen Kritik gemachten Reformvorschläge darstellt.

Als Mitberichterstatter führt Abg. Dr. Repl (Soz.) aus: Aufgabe des Gesetzgebers wäre es, nicht die bestehenden Vorschriften zu verschärfen, die schon zu scharf sind, sondern zu prüfen, inwieweit sich bei der bisherigen Rechtsprechung Mängel ergeben haben. Die Landesverratsbestimmungen sollen die äußere Rechtfertigung des Staates gewährleisten. Einmal dadurch, daß sie den Verrat von Geheimnissen unter Strafe stellen und alsdann durch die Abwehr anderer Eingriffe in die zur äußeren Verteidigung erforderlichen Machtmittel des Staates. Oft sehe es so aus, als ob der Gedanke vorherrschend sei:

Je mehr Geheimnis, desto mehr Sicherheit des Staates.

Solchen Gedankengängen müsse entgegengetreten werden. Schon Thukydides lasse Veritas sagen: „An unseren Kriegsmaximen haben wir dies vor den Feinden voraus, daß wir unsere Stadt einem jeden offen stehen lassen, und keinen Feinden daraus verweisen dürfen, um ihm gewisse Dinge nicht sehen zu lassen.“ Die kluge Lebenserfahrung dieses Sages dürfe nicht ohne weiteres von der Hand gemessen werden, besonders dann nicht, wenn der Staat demokratisch sei. Man solle den Geheimnisbegriff nicht überspannen, denn dadurch ist schon großer Schaden dem gemeinen Volk zugefügt worden. Man denke nur an die Rememoranden und an den Bohmann-Skandal. Alle solche Erscheinungen, die das Rechtsempfinden aufs tiefste erschüttert hätten, seien nicht möglich ohne Überspannung des Geheimhaltungsbegriffs. Bei den Bestimmungen über den Landesverrat mußte man meinen, daß wir verraten werden könne, was noch nicht bekannt sei. Das Reichsgericht habe aber auch Landesverrat dann angenommen, wenn einer fremden Regierung auch nur die Richtung einer längst bekannten Tatsache bestätigt werde. Niemand verteidige gemäß den Verfaller Vertrag. Niemand könne wünschen, daß uns die Entlassungsbestimmungen auferlegt wurden, aber viele wünschen gemäß die Tatsache, die durch den Vertrag geschaffen wurde, wünschenswert außerdem, daß das deutsche Volk sie geschaffen hätte. Auch wer in der Herabsetzung des Umfangs in der Reichsmehr einen Gewinn sehe, müsse geschäftig sein, wenn er wahrheitsgemäße Angaben mache. Es sei eine Untergrabung jeder Autorität des Gesetzes, wenn

loger wahrheitsgemäße Mitteilungen schwerer bestraft

wurden, als wahrheitswidrige. Wer beweisen könne, daß er der Wahrheit gemäß geschwiegen habe, werde wegen polizeilichen Landesverrats bestraft; wer aber den Wahrheitsbeweis nicht führen könne, käme mit einer geringeren Strafe wegen versuchten Landesverrats davon. Mit einem Gesetz, das solche Rechtsprechung zulasse, müsse ausgeräumt werden. Sehr bedenklich sei die Rechtsprechung zum Landesverratsparagrafen während des Krieges gewesen, als jeder Streik als verbotenes angesehen wurde. Nach der reichsgerichtlichen Rechtsprechung sei der Streik, gleichviel ob er als Lohn-, Sympathie- oder Proteststreik geführt wurde, während eines Krieges kein gesetzlich gewährleistetes Recht der Arbeiterschaft, auch wenn dieses Recht in Friedenszeiten bestünde. Der Krieg begründet die Verpflichtung, nichts zu unter-

nehmen, was geeignet sei, einer feindlichen Sache Vorschub zu leisten oder der Kriegsmacht Schaden zuzufügen. Nach dieser Rechtsprechung habe der Krieger die Lebensbedingungen der Arbeiterklasse, der größten Klasse der Gesellschaft, auf und mache sie rechtlos. Solcher Rechtsprechung müsse ein Ende gemacht werden. Deshalb habe die sozialdemokratische Fraktion eine Reihe von Verbesserungsvorschlägen eingebracht.

Abg. Herget (Dnat.) wandte sich gegen die Ausführungen des Beredners. Man könne in der Anwendung des Landesverratsparagrafen gar nicht weit genug gehen. Seine Freunde seien gegen jede Sentimentalität und gegen jede Verwässerung der Strafbestimmungen. Man müsse gerade auf die richtige Formulierung der Bestimmungen des Landesverrats besonderes Gewicht legen. Von der Gestaltung dieser Paragraphen werde es abhängen, ob seine Freunde für den Gesetzentwurf stimmen und damit die überwältigende Mehrheit herstellen können, von der ein neues Strafrecht getragen sein müsse.

Rechtsjustizminister Koch hob die Notwendigkeit hervor, bessere Bestimmungen zu schaffen, als die das geltende Gesetz enthalte. Die von ihm ausgearbeiteten Vorschläge trügen den Staatsnotwendigkeiten hinreichend Rechnung. Sie seien besser als das geltende Gesetz und auch nicht zu scharf. Sie geben die Möglichkeit, die Taten zu strafen, die nach Gefinnung oder Erfolg einer Bestrafung wert seien, die aus Gewinnlust oder landesverräterischer Absicht begangen seien. Diese Bestimmungen reichten aus, um den Staat zu schützen.

Nächste Sitzung: Donnerstag.

Obstruktion im Landtag.

Wegen der Grundvermögenssteuer.

Der Preussische Landtag sollte am Dienstag in 2. Sitzung drei Finanzgesetze verabschieden: Gewerbesteuer, Hauszins- und Grundvermögenssteuer, deren Geltungsdauer am 31. März d. J. abläuft, sollen um ein Jahr verlängert werden. Außerdem standen auf der Tagesordnung die Abstimmungen über die zum Wirtschaftsjahr gestellten Anträge.

Abg. Klotz (Z.) beantragte aber im Einverständnis mit den übrigen Regierungsparteien, die Abstimmung über den Justizetat von der Tagesordnung abzulegen. Damit sollte Zeit gewonnen werden für die Verabschiedung der drei Finanzgesetze, die noch in dieser Woche in 3. Sitzung das Haus passieren müssen, weil der Landtag sich am Sonnabend vertagt. Die Rechtsparteien, die die Erledigung dieser Gesetze gern verschleppen möchten, wandten sich dagegen. Aber schließlich ließen sich die Regierungsparteien gegen Rechte und Kommunisten durch und schafften so Platz für eine vorläufige ungehinderte Verabschiedung der Regierungsvorlagen.

Es gelang auch den Regierungsparteien, in 2. Sitzung die Verlängerung der Gewerbesteuer durchzusetzen. Da sie bereits in der 1. Sitzung und im Hauptausschuß ihre Stellung präzisieren hatten, konnten sie in der Debatte auf das Wort verzichten. Deito mehr redeten die Oppositionsparteien und erst ein Schlussantrag machte der Ausschuß ein Ende. In der Abstimmung fiel u. a. ein deutschnationaler Antrag, der auch die fünfprozentigen Kundengewinne der Kaufmannsvereine besteuern will. Angenommen wurde dagegen in namentlicher Abstimmung ein Zentrumsantrag, der die stehenden Gewerbe, einschließlich des Bergbaues und der freien Berufe, soweit sie nicht wissenschaftlicher oder künstlerischer Art sind, in die Gewerbesteuer einbezieht.

Nach der Regierungsvorlage sollte die Grundvermögenssteuer abgeändert werden. Sie sollte die Umstellung auf den Einheitswert nur für die landwirtschaftlichen Betriebe, aber nicht für den städtischen bebauten Grundbesitz bringen. In letzter Minute war jedoch ein Kompromiß der Regierungsparteien zustande gekommen, nach der die Steuer im wesentlichen unverändert in der bisherigen Fassung bis zum 31. März 1930 verlängert werden soll. Die von den Deutschnationalen beantragte namentliche Abstimmung ergab aber die Beschlussunfähigkeit des Hauses. Für die Verlängerung des Gesetzes stimmten wieder nur die Regierungsparteien, die aber diesmal nicht die nötige Stimmenzahl für eine Mehrheit aufbrachten. Alle anderen Parteien obstruierten, indem sie keine Karten abgaben. Präsident Bartels mußte deshalb die Sitzung aufheben und auf sofort eine neue Sitzung einberufen.

Auch bei der Abstimmung über die Verlängerung der Hauszinssteuerordnung machten Rechtsparteien und Kommunisten gemeinsam durch Nichtabgabe der Stimmkarten das Haus beschlußunfähig. Der Präsident vertagte hierauf das Haus auf Mittwoch, den 20. März. Die durch Obstruktion der Oppositionsparteien durchgesetzte Verschiebung der Verabschiedung der Gesetzentwürfe wird ihnen nichts nützen. Sie stehen am Mittwoch wieder auf der Tagesordnung. Außerdem sollen die Etats der Porzellanmanufaktur und der Staatsbank beraten werden.

Damen-Stoffe

neuerste Mode-Ideale für Kostüme u. Mäntel - nur bei

Koch & Seeland

Gertrudenstraße 20-22

Wesen der Vererbung

Seine wertvollste Aussteuer trägt jeder Mensch schon bei sich, wenn er den ersten Atemzug tut und seinen ersten Schrei als Protest gegen die vielen neuen Reize der ungewohnten hellen Außenwelt formuliert. Das biologische Schicksal des einzelnen Menschen ist im wesentlichen bereits bei seiner Geburt entschieden; es ist abhängig von der Summe dessen, was er von seinen Eltern mitbekommt an körperlichen und geistig-seelischen Veranlagungen, von seiner biologischen Mitgift. Natürlich greifen die vielen äußerlichen Zufälligkeiten des Lebens, die Verschiedenheiten des Milieus, in das der Mensch hineingeboren wird, abmildernd, verbessernd oder verschlechternd, in sein biologisches Schicksal ein, — aber letzten Endes ruht unser Schicksal in unserer eigenen Brust, das heißt, der mit guten Faktoren ausgestattete Mensch wird auch soziale und wirtschaftliche Nachteile leichter überwinden können als ein anderer mit schlechterem Erbgut versehener Mensch.

Die Summe der unter dem Einfluß der Wirklichkeit zur Ausprägung gelangten erblichen Veranlagung nennt der Wissenschaftler die Konstitution des Menschen. Die Konstitution ist äußerlich an dem Körperbau zu erkennen, nach dessen Form man eine große Anzahl von Konstitutionstypen unterscheiden hat. So bezeichnet man zum Beispiel als *Atheniker* die Menschen mit langem, schlankem Körper, schmalen, herabhängenden Schultern, vorspringender Nase, Winkelpfand, langem Hals und schmalen, einfüßigem Gesicht. Der entgegengesetzte Konstitutionstyp ist der sogenannte *Pykniker*, der eine kurze, gedrungenen Gestalt, abgerundete Formen, kurze Gliedmaßen, einen runden Schädel, Neigung zur Fettablagerung usw. hat. Ein dritter Typ wäre zum Beispiel der *Athletiker*, der breite, ausladende Schultern, einen weiten, gewölbten Brustkorb, große Hände und großen Knochenbau hat. — Diese Körperbauformen haben bestimmte Beziehungen zu den Charaktereigenschaften des Menschen. Der *Pykniker* zum Beispiel ist behäbig, heiter, gemütlich, ein bequemer Genießer mit einem guten Blick für die Wirklichkeiten und Notwendigkeiten des praktischen Lebens; er hat den sogenannten gesunden Menschenverstand, ist zufrieden mit der Welt und haßt das Ungemüthliche. Der *Atheniker* ist diesem Typus des ausgeglichenen, harmonischen Menschen entgegengesetzt; er ist sehr empfindsam, leicht verstimmt und verletzbar, ein weltfremder Idealist, egoistisch, oft teilnahmslos, in sich gefassten und mit sich selbst entzweit. — Natürlich sind alle derartigen, nur andeutende Aussagen eine schematische Extraktion der Wirklichkeit; es sind unendlich viele Kombinationen möglich, die so bunt und mannigfaltig sind wie das Leben selbst.

Es bestehen ferner praktisch wichtige Beziehungen zwischen Konstitution und Leistungsfähigkeit eines Menschen. Auch die Krankheitsbereitschaft ist bei den einzelnen Konstitutionstypen verschieden. Der sogenannte *Pykniker* zum Beispiel ist der gesunde, in allen praktischen Dingen des Lebens leistungsfähige Mensch; der *Leptosom*, das heißt schlankgebildete (ein anderes Wort für *Atheniker*), wird dagegen durch seine eigene innere Herrlichkeit oft in seiner Arbeitsfähigkeit beeinträchtigt und ist Krankheiten gegenüber weniger widerstandsfähig.

Die Anfälligkeit bestimmten Schädlichkeiten gegenüber bezeichnet man als Disposition. Es gibt eine Disposition zu Erblutungen, Rheumatismus, Blutungen, Frostschäden usw. Bei solchen anbrüchigen Menschen genügt zum Beispiel ein kleiner Luftzug zum Zustandekommen eines langwierigen Katarrhs, während andere Menschen mit einer kräftigeren Konstitution sich stundenlang Kälte, Nässe, Wind aussetzen können, ohne krank zu werden.

Auch die Funktion der sogenannten endokrinen Drüsen ist für die Art der Konstitution des Menschen bedeutungsvoll. Die endokrinen Drüsen sondern Stoffe ins Blut ab, die das gesamte Geschehen im Organismus regulieren. Zu diesen innersekretorischen Drüsen gehört zum Beispiel die Schilddrüse; wird ihre Tätigkeit gestört, so daß die von ihr abgesonderten Stoffe, die als Schilddrüsenhormone bezeichnet werden, nicht mehr ins Blut gelangen, so verändert sich die Gestalt des Menschen. Er wird kleiner und bekommt eine dicke, trockene, mufelige Haut, die geistigen Funktionen lassen bis zu beinahe gänzlichem Verlöschen nach, das Gesicht verändert seinen Ausdruck, es wird mongolenähnlich usw. Auch bei einer Erkrankung der Hirnanhangsdrüse, der Hypophyse, ändert sich die körperliche Gestalt des Menschen in charakteristischer Weise; es entsteht dann der sogenannte Riesenwuchs, die Enden der Extremitäten, das Kinn usw. verändern sich in besonders hervorsteckender Weise, und ähnlich ist es mit vielen anderen Drüsen. Die innersekretorischen Drüsen beeinflussen also auch die Körperform; sie sind mithin die eigentlichen Träger der menschlichen Konstitution.

Durch Beeinflussung der Lebensbedingungen des Menschen ist es möglich, seine Konstitution abzuwandern, das heißt bisher nicht zur Auswirkung gelangene Erblastoren zu lösen und zu aktivieren und ungünstige Komponenten zu unterdrücken. Es muß also auch möglich sein, auf diesem Wege in ganz bestimmter Weise auf Krankheiten einzuwirken. Der Gedanke der konstitutionellen Therapie gewinnt in der modernen Medizin immer mehr an Boden. Eine große Bedeutung hat in dieser Hinsicht die rationelle Ausübung von Sport, Leibesübungen und Gymnastik in Luft, Licht und Sonne, wozu bei den meisten Konstitutionen-Anomalien von ärztlicher Seite geraten werden kann.

Dr. F. S.

Wasserdichte Strümpfe

Wenn jetzt das Laumetter einfließt, werden besonders die Damen durch die herumspitzenden Wasserfluten über mitgenommen. Die dünnen Seidenstrümpfe werden rasch durchnäßt, und so manche Frau mag sich danach sehnen, ebenso einen wasserdichten Strumpf zu besitzen, wie sie einen wasserdichten Mantel ihr eigen nennt. Ein Mittel, um die Strümpfe auf leichte und billige Weise selbst wasserdicht zu machen, gibt eine englische Frauenzeitschrift, *Weldon's Ladies' Journal*, an: „Nimm 90 Gramm Maun in einem Eitergefäß mit feuchtem Wasser an, und tauche die Strümpfe etwa eine Viertelstunde lang in diese Lösung. Dann nimm die Strümpfe heraus, drücke sie sorgfältig aus und spüle sie ab und bringe sie in eine warme Flüssigkeit, in der 30 Gramm Seife und ein halbes Eierbecher Ammoniak mit 3 Liter heißem Wasser aufgelöst sind. Laß die Strümpfe eine Viertelstunde lang in der Seifenlösung, nimm sie dann wieder heraus, spüle sie in lauem Wasser ab, drücke sie aus und trockne sie.“ Diese Behandlung hat keine Einwirkung auf die Farbe der Strümpfe, macht sie aber für eine bestimmte Zeit vollkommen wasserdicht. Wenn die Dichtigkeit gegen Wasser nachläßt, kann man die Behandlung wiederholen.

Fanz Molnar: Palko Petrence

Arm war die Schule, derart arm, daß es nicht einmal fürs Holz zum Heizen langte. Der Lehrer hatte dabei den Befehl ertassen, jedes Kind möge täglich ein Scheit Holz mitbringen. Der Lehrer war ein furchtbar strenger Mensch, ein hagerer, knochiger, schwarzer Teufel; niemand wußte, woher er gekommen, wer, was er sei, niemand sprach mit ihm. Sein Befehl hatte natürlich Erfolg, auch schon darum, weil er selbst gar so furchtbar war. Tag für Tag konnte man die kleinen Kinder sehen, wie sie, große Scheite Holz unter den Armen schleppend, durch den Schnee zur Schule wateten.

Es mochte gegen sieben Uhr morgens sein. Um diese Zeit ist es im Winter noch nicht hell, aber die Kinder gingen schon zur Schule, sie verschwanden fast in dem frisch gefallenen Schnee, auf den die dicken, weichen weißen Pfaden noch immer fielen. Die Schäfte ihrer Stiefel waren bis hinauf weiß. Auf ihre kleinen Vammfellen stiegen sie sich halbwegs der Schneefurche, wie ihn der von Szitima her blasende Wind schief hinwehte. So kletterten, stolpten sie einher, kleine schwarze Käfer auf der unendlichen weißen Fläche, die irgendwo in der Ferne bereits mit dem abgetönten Blau des Morgens verschmolz, und auf der von der anderen Seite her der erste Stroß des Wintermorgens dämmerte. Wo der Sonnenstrahl die Schneefläche traf, glitzte sie einer riesigen glatt polierten Kupfertafel, die vom Hauhe Gottes glänzte.

Den weitesten Weg hatten jene Kinder zurückzulegen, die beim unteren Eisenhammer wohnten. Bei Schneefällen mußten sie von daheim bereits um halb sieben Uhr morgens aufbrechen, um beizelten ans obere Ende des Dorfes zu gelangen. Ein Verspäten wäre schrecklich gewesen, denn der hagerer, schwarze Lehrer konnte keine Gnade. Wenn die vom unteren Ende des Dorfes, die immer zusammen kamen, sich verspäteten, verzog sich sein Gesicht zu einem teuflischen Grinsen, seine Augen sprühten Funken, und er fragte mit einer fogenartigen Bewegung seinen Schnurrbart. Jene spärlichen roten Borsten unter seiner großen und gedogenen Nase. Es gab dumme Burschen, die da sagten, daß der Lehrer niemand anderer sei, als der Teufel selbst. Aber die waren entweder sehr dumm, oder aber sie sind vom Lehrer verprügelt worden.

Sie warteten durch den hohen Schnee in der düsteren winterlichen Dämmerung, die vom unteren Ende kommenden. Die Armen wechselten fortwährend die Scheite unter ihren Achseln. Schmerzige die linke Hand, trugen sie das Holz in der rechten. Es war eine unangenehme Sache, aber das Vorne ist nun einmal ein schwarzes und bitteres Ding. Sie mußten sich däreinfinden.

Sie mochten ungefähr schon in der Mitte des Dorfes gewesen sein, beim großen Stall der Wittengeßellschaft, als Palko Petrence plötzlich bestürzt stehen blieb.

„Aulchen,“ sagte er, „du hast kein Holz gebracht.“

Von Aulchen gackte nur das kleine rot gefärbte Näschen aus dem großen Luche hervor, in das man zu Hause ihren Kopf gewickelt hatte.

Sie blieb stehen.

„Ich habe keines gebracht,“ antwortete sie schlicht. „Alle blieben stehen. So etwas war noch nicht vorgekommen. Aulchen war die erste, die es wagte, ohne Holz in die Schule zu gehen. Wenn das der „Teufel“ sieht, geht die Welt zugrunde.“

„Warum hast du kein Holz gebracht?“ fragte sie ein kleines Mädchen mit einem mächtig großen Scheit unter dem Arm. „Der Lehrer wird dich schlagen.“

Aulchen gab keine Antwort.

Palko Petrence, der stets zu Aulchen gehalten und sie immer begleitet hat, fuhr sie mit dem Rechte eines Freundes in liebevoller Strenge an:

„Warum hast du kein Holz gebracht?“

Aulchen zuckte die Achseln.

„Weil ich keins habe.“

„Auch nicht dein Vater?“

„Nein.“

„Und auch nicht der Nachbar?“

„Der hätte schon, er hat mir aber bereits viermal gegeben und gestern hat er gesagt, er gibt selbst dem Herrgott keins mehr. Heute hat er schon keines mehr gegeben.“

Sie mochten sich langsam wieder auf den Weg. Schließlich, Unglück bleibt Unglück, verspäteten darf man sich aber doch nicht. Die anderen preßten ihre Scheite fest an sich, es freute sich gleichsam jeder, daß nicht er es war, der keins hatte. Palko Petrence schritt ernst neben Aulchen einher. Dieser sah man es aber gar nicht an, in welcher überaus schrecklicher Lage sie sich befand. Gleichgültig trottete sie dahin. Vielleicht dachte sie, daß auch der Lehrer die Sache sehr einfach finden werde. Doch Palko Petrence fühlte sich sehr gedrückt. Er war bereits acht Jahre alt. Aulchen erst sechs. In gewissem Sinne fühlte er sich daher auch als Aulchens Bruder. Er hat auch sonst, öfters gar manchen verprügelt, der Aulchen etwas zuleide getan hatte. Das Holz unter dem Arm begann ihm schwer zu werden. Als hätte es seine große Liebe in sich gezogen und als wäre es davon so schwer geworden.

Sie stolpten weiter, schon näherten sie sich der Schule. Aulchen war noch immer vollkommen ruhig, desto aufgeregter wurde aber der Knabe. Es ist ganz sicher, daß der Lehrer das kleine Mädchen schlagen, es bei den Haaren reißen und im Winkel knien lassen wird. Das wird schrecklich sein. Es wäre ihm wohl zumute gewesen, wenn das kleine Mädchen gewußt hätte, welche einem Ungemach es entgegenging. Aber nein, Aulchen trippelte ruhig mit den anderen einher: zwei kleine Stiefel und ein großes Tuch. Ihr wüßiges, feines, gerötetes Näschen oben in einer Dämmung des großen Luches. Das war Aulchen. Und der kleine Diamant des eisigen Lächelns, das sich sogar noch, statt furchtbar, langsam zu gehen, um die Katastrophe nach Möglichkeit hinauszuschieben. (Schluß folgt.)

Ein neuer Singvogel - der Pinguin

Der Pinguin, dieser merkwürdige Tauchervogel der Eismare, ist als der „Clown“ des Tierreiches wegen seines komischen und possierlichen Benehmens eine Quelle unserer Belustigung; aber dies droßig-plumpe Tier besitzt auch eine höhere künstlerische Begabung, die man an ihm kaum vermuten möchte. Der Pinguin singt nämlich, und seine musikalischen Leistungen sind von Dr. Hans Stabler an den Pinguinen des hagenbedischen Tierparks genau beobachtet und in Noten festgehalten worden. Er erzählt von den Leistungen dieses neu entdeckten Singvogels in „Hagenbeds Illustrierter Tier- und Menschenwelt“.

Wenn der Pinguin aus dem Wasser steigt, dann schüttelt er sich die letzten Wassertropfen vom Gefieder und pustet sie von den Borsten seiner Nasenlöcher; dabei schnaubt er Luft aus, so daß es klingt, als ob er niese. Dieses „Niesen“ ist eine Eigentümlichkeit dieses Vogels, die man sonst bei keinem anderen und auch nicht bei Reptilien und Amphibien findet. Vom Niesen zum Singen ist noch ein großer Schritt, aber der Pinguin tut ihn. Die verschiedenen Pinguinarten lassen sich verschiedene Melodien hören. Das Lied des Königspinguins beschreibt Stabler folgendermaßen: „Eine tremolierende, etwas nieselnde Trompete schmettert, drei- bis viermal das Motiv wiederholend. Das ist des Königspinguins Gesang, der sich ohne weiteres in Noten schreiben läßt. Die Tonlage ist Ende der ersten und Anfang der zweiten Oktave; das Ganze kann auch einen halben Ton tiefer gesungen werden. Das Tremolieren ist höchst eigenartig; man meint, der Vogel müßte Kopf und Hals heftig schütteln, um solche Töne zustande zu bringen. In Wirklichkeit verzehrt er keine Nüsse, hält einfach den Schnabel weit offen und steht unbeweglich wie ein Soldat bei Abnahme einer Parade.“

Ganz andere Töne läßt der Brillenpinguin erschallen. Ist der Königspinguin der Tenor dieses Chores, dann ist der Brillenpinguin die Tenorlage der Baute, mit denen er sich gewöhnlich unterhält, umfaßt die erste Hälfte der kleinen Oktave. Aber wenn er singt, kann er auch noch sehr viel tiefere Töne hervorbringen: er „pumpt“ — das ist der Eindruck — im 1/4-Takt leise ganz tiefe Töne aus dem Ende der Großen Oktave heraus und bringt dann, lauter werdend, andere, etwas zitternde Ausreihen.“ Das Taktmotiv entspricht völlig der Art der Kahlmeise: ezi, ezi, ezi, ezi und ist ein neues Beispiel für gewisse, nur wenig bekannte Taktarten: 1. daß die gleichen Rhythmen und Melodien durch das Rufen und Singen der gesamten Vogelwelt hindurchgehen; 2. daß viele Gefiederte Takt singen und daß nicht bloß die höchststehenden Sänger Takt kennen, wie man annehmen sollte, sondern viele Arten aus allen erdenklichen Vogelgruppen, Raubvögel, Katzen, Raben, Reiher, Schnepfen, Regenpfeifer — und auch der Brillenpinguin. Der gesamte Tonumfang dieses Bassisten reicht vom gestrichelten bis zum großen E, von nahe der Grenze des menschlichen Hörens bis zum tiefsten Ton der menschlichen Singstimme. Dieser Pinguin könnte also, wenn seine Stimme sonst entwickelt wäre, ganz so singen wie der Mensch; aber ein solcher Tonumfang ist überhaupt nichts Unerhörtes im Vogelreich, sondern findet sich z. B. auch beim Kaiseradler.

Der lauteste unter diesen wunderlichen Sängern ist der Goldschopfpinguin, ein hübsches schwarzweißes Tier mit einem Büschel von goldenen Strahlen über dem Scheitel. Diese Vögel haben sich immer etwas zu sagen: die aufgesperrten Schnäbel gegeneinander kreuzend, sprechen zwei Nachbarn miteinander, permüßlich

ein „Cheppaar“. Beim Meinungsaustrausch steht der eine kopfgerade und beugt nur seinen Kopf und Schnabel zu dem aufgesperrten Schnabel des anderen herunter, der leicht gebeugt, schräg von unten her, ihn anredet. Manchmal „zerren“ sie sich auch ein bißchen, wie das ja unter Ehepaaren vorkommt, aber im allgemeinen „ledern“ sie nur miteinander, und das ist ein scheußliches tiefes Knarren. Dieses „Knarren“ entwickelt sich dann zur Melodie, wenn der Goldschopfpinguin singt. Er beugt dabei den Kopf tief auf die Brust, leckt erst mehrmals hintereinander, hebt dann den Kopf schnell empor, streckt ihn in die Höhe und singt flügelstreichend den zweiten Teil seiner Arie: forfortfort, den er mehrmals wiederholt. Nach diesem Fortissimofort geht er dann wieder bis zum Piano herab, und bei diesem zweiten Teil schwenkt er Kopf und Hals langsam von links nach rechts und wieder zurück.

Ausrottung des Aussatzes

Eine der furchtbarsten Krankheiten, die der Menschheit seit unvorstellbaren Zeiten das Sinnbild des Grauens war, dürfte in absehbarer Zeit ausgerottet werden. Es ist der Aussatz, jene Hautkrankheit, die als so schrecklich und unheilbar empfunden wurde, daß man die Betroffenen „aussetzte“. Das Weiden, das schon in der Bibel erscheint und im Mittelalter als schlimmstes Schicksal empfunden wurde, herrscht auch heute noch. Nach den neuesten Schätzungen, die Dr. Baudert in einem Aufsatz der Frankfurter Wochenschrift die „Umschau“ mitteilt, gibt es noch etwa 2 800 000 Aussätzige auf der Erde. Davon entfallen auf China und Indien je eine Million, auf Afrika über 500 000, auf Rußland 150 000. In Europa hat Deutschland die geringste Ziffer, nämlich in nur 8, dagegen zählt man in Frankreich noch etwa 200 Leprakranke, in Spanien 900, in Island 210, in Dänemark 226. Jeder 640. Mensch ist also noch aussätzig!

Über seit einiger Zeit besitzt man Heilmittel, die immer mehr vervollkommen werden. Nach einer alten indischen Sage soll ein König sich selbst vom Aussatz geheilt haben, indem er die Blätter und Früchte eines Baumes bevorzugte, den die Eingeborenen Chaulmoogra nennen und der den botanischen Namen *Hydnocarpus Kurzii* trägt. Aber diese Kunde eines Heilmittels führte doch jahrhundertlang nur zu gelegentlichen Erfolgen, bis der deutsche Professor Engel in Kairo das chemisch wirksame Prinzip des in dieser Pflanze enthaltenen Fruchtsäure rein darstellte und der Engländer Rogers 1917 zum erstenmal das Natriumsalz der darin enthaltenen Säure durch intravenöse Einspritzung zur Heilung verwendete. Seitdem sind mit diesen chemischen Erzeugnissen des Chaulmoogra-Oels überraschende Erfolge erzielt worden, und die Behandlung wurde noch vervollkommen, als der englische Arzt Dr. Muir in Kalkutta ein neues Mittel in dem *Sadialium* fand, das in der Form von Einspritzungen die Bepraxellen noch viel schneller löste als das Chaulmoogra-Oel, so daß ein Heilerfolg, der vorher in einem Jahr erzielt wurde, auf diese Weise schon in sechs Wochen erreicht wird. Heute ist man so weit, daß jeder Fall von Aussatz, wenn er früh genug behandelt wird, geheilt werden kann, und man darf hoffen, daß diese Geißel der Menschheit, wenn erst eine regelrechte Bekämpfung eingeleitet hat, im Laufe eines Menschenalters nahezu ausgerottet sein wird.

